

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kfirringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin S B 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 17. April 1931

Der Balkan und die Zollunion.

Int. Soc. Geschichts
Amsterdam

(Von unserem Balkankorrespondenten)

SPD. Sofia, Mitte April (Eig. Bericht)

Kein politisches, wirtschaftliches oder sonstiges Ereignis der Nachkriegszeit hat in der Balkanpresse einen so starken Widerhall gefunden wie das deutsch-österreichische Wirtschaftsübereinkommen. Eine wahre Sturmflut von Leitartikeln überschwemmt tagtäglich die Blätter und will heute, vier Wochen nach den Wiener Abmachungen, noch nicht abebben. Um es gleich vorwegzunehmen: Auch in jenen Ländern des europäischen Südostens, wo die geplante deutsch-österreichische Zollunion infolge aussenpolitischer Bindungen auf mehr oder weniger entschiedene Ablehnung stösst, tragen die Kommentare durchweg eine ruhige und vorsichtige Note. Offensichtlich scheinen auch den überpolitisierten Balkanverbündeten Frankreichs und der Tschechoslowakei, in erster Linie Südslawiens, der Drang nach unpolitischer, wirtschaftlicher Neuordnung Europas und die Rettung vor dem wirtschaftlichen Untergange wichtiger zu sein als ihre militärischen und sonstigen Abkommen.

Als der deutsche Aussenminister noch in Wien weilte, erklärte die Belgrader "Politika", dass nichts natürlicher sei als das gemeinsame Bestreben Deutschlands und Österreichs, ein solidarisches Vorgehen bei den bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen festzusetzen. Es handele sich um die Lebensinteressen der gesamten Wirtschaft beider Länder. Deshalb müsse mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass bei allen neuen Handelsvertragsverhandlungen der anderen Staaten mit Deutschland oder Österreich eine gewisse selbstverständliche deutsche Solidarität zu fühlen sei. Tatsächlich war in Belgrad und Bukarest nach der Bekanntgabe des Wiener Vertrages die Erkenntnis vorherrschend, dass die eigenen Wirtschaftsinteressen in diesem Falle mit denen der kleinen Entente, deutlicher gesagt mit denen der erregt protestierenden Tschechoslowakei nicht identisch seien. In dieser Hinsicht trat erst nach Vorstellungen der französischen und tschechischen Gesandten eine von oben befohlene Wendung ein.

Die südslawischen Blätter, die heute ohne Ausnahme - nolens volens - Sprachrohre der Belgrader Diktaturregierung sind, machten sich nach den Vorstellungen der Regierungen in Paris und Prag mehr oder weniger die Prager "Argumente" gegen die deutsch-österreichische Zollunion zu eigen. Man argumentierte plötzlich, dass die Zollunion den mitteleuropäischen Frieden gefährde, den Paneuropaplänen Briands widerspreche und das Anschlussverbot der Friedensverträge verletze. Der wirtschaftlichen Zusammenarbeit würde auch der politische Anschluss folgen. Eine solche Durchbrechung der Verträge könne Südslawien nicht billigen. Immerhin aber sei es der Meinung, dass keinerlei Gründe zur Beruhigung vorlägen. Es sei überzeugt, dass Deutschland und Österreich ihre internationalen Verpflichtungen nicht verletzen würden. Alle diese Auslassungen sind streng in den Formen gehalten, die bei internationalen Erörterungen üblich sind. Auch das zeigt, dass die offiziösen Verlautbarungen von "höheren"

Bündnisinteressen diktiert sind. Interessant ist ferner, dass die Stimmung der Wirtschaft im Gegensatz zu der offiziellen Haltung steht. Die Wirtschaft sieht bei einem deutsch-österreichischen Wirtschaftsblock gesteigerte Absatzmöglichkeiten für ihre Agrarprodukte.

Die Haltung Rumäniens zu der Zollunion hat ebenfalls einige Wandlungen durchgemacht. Nach den französischen und tschechischen Vorstellungen erblickte das führende Wirtschaftsblatt "Argus" plötzlich in den Tatsachen, dass die Vorverhandlungen geheimgehalten wurden und die beiden Staaten Industrie- und Agrareinfuhrländer seien, einen Beweis für den vorwiegend politischen Charakter des Vertrages. Die Nachfolgestaaten würden jene wirtschaftlichen Vorteile, die sie Österreich hätten bieten können, einem deutsch-österreichischen Wirtschaftsblock nicht gewähren. Auch andere Organe lehnten, wenn auch in sehr gemäßigter Tone, das Zollangleichungsprojekt ab. Ueberraschend kamen dann die Erklärungen des Generalsekretärs im Ackerbauministerium, Dr. Ene, der im Sommer 1930 Führer der Verhandlungen über das französisch-rumänische Handelsabkommen war. Dr. Ene hob hervor, dass nur diejenigen von dem Wiener Abkommen überrascht worden seien, die nicht mit gebührender Aufmerksamkeit der Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Lage gefolgt seien. Die rumänische Regierung habe die Zollunion vorausgesehen und im französisch-rumänischen Handelsabkommen die notwendigen Vorbehalte für den Fall der Bildung der Zollunion gemacht. Deutschland und Österreich seien die wichtigsten Abnehmer der rumänischen Ausfuhr, und Rumänien müsse schon heute wählen, ob es Wert darauf lege, seine Ausfuhr in diese beiden Länder aufrechtzuerhalten, oder ob es unter Verzicht auf diese Möglichkeit sich nach neuen Absatzmärkten umsehen wolle. In jedem Falle müsse man mit dem deutsch-österreichischen Block wie mit einer festen Tatsache rechnen. Aus diesen Erklärungen, die in Rumänien starke Beachtung und Zustimmung gefunden haben, ist erkennbar, dass man sich in Bukarest nach anfänglichen Schwankungen zu einer nüchternen und realpolitischen Haltung durchgerungen hat.

Der Standpunkt der beiden anderen Balkanstaaten, Bulgarien und Griechenland, ist unzweideutig. Die bulgarische wie die griechische Öffentlichkeit begrüßen den deutsch-österreichischen Plan als den verheissungsvollen Anfang einer ökonomischen Reorganisation Europas. Auch Frankreich, wenn es ehrlichen Willen habe, heisst es in einem Athener Regierungsblatt, müsste die Wiener Vereinbarungen als den ersten Schritt der allgemeinen europäischen Zollunion im Geiste des Briand'schen Memorandums anerkennen und würdigen. Was die engeren Wirtschaftsbelange Griechenlands angehe, so sei festzustellen, dass Deutschland und Österreich hervorragende Abnehmer der griechischen Ausfuhr seien. Ein Block zwischen beiden Ländern könne deren wirtschaftliche Kraft nur steigern, woran Griechenland das grösste Interesse habe.

Ausserungen des bulgarischen Handelsministers Prof. Mischaikow und des Finanzministers Mollow gegenüber dem Korrespondenten des "Soz. Pressedienst" waren in gleichem Tenor gehalten wie die offiziösen Athener Auslassungen: Eine wirtschaftliche Gesundung und Erstarkung der beiden deutschen Brudervölker könne und werde nicht ohne günstige Auswirkung auch für Bulgarien bleiben.

SPD. Die Zentralleitung der Deutschen Staatspartei richtet an "alle freihheitlichen Frauen und Männer Preussens die dringende Aufforderung", sich nicht zu willenslosen Objekten der Akteure des Volksbegehrens machen zu lassen und insbesondere der Hetze gegen den Staat und seiner Führer in der Agitation entgegenzutreten.

Man muss nach dieser Erklärung annehmen, dass die Staatspartei das Vorgehen ihrer Mitglieder im Kreistag Schwelm gegen den sozialdemokratischen Landrat Hansmann missbilligt. Dort haben sich die Staatsparteilicher entgegen der Aufforderung ihres Zentralvorstandes der Hetze gegen den Staat und seiner Führer angeschlossen, indem sie gemeinsam mit den Nationalsozialisten und Deutschnationalen, also den "Trägern der Hetzkampagne" gegen Preussen, an den preussischen

Innenminister die telegraphische Forderung auf sofortige Abberufung dieses sozialdemokratischen Landrats richteten.

Oder sollten wir uns in unserer Annahme täuschen? U.A.w.g.

SPD. Darmstadt, 17. April (Eig. Drahtb.)

In der Freitag-Sitzung des hessischen Landtags kam es bei der Erörterung der Stahlhelmbluttat in Ober-Olm zu stürmischen Szenen. Der Stahlhelmabgeordnete Staatsanwalt Dr. Wolf erklärte die Erhebungen des Landeskriminalamtes im Falle des Ober-Olmer Meuchelmordes für unrichtig. Die Meuchelmörder - diesen Ausdruck gebrauchte Wolf selbst - seien keine Mitglieder des Stahlhelms. Es habe lediglich einige Tage vor dem Mord eine unverbindliche Besprechung stattgefunden und die Leute, die sich zur Aufnahme bereit erklärt hätten, seien noch keine Stahlhelmmitglieder.

Diese falsche Darstellung rief den Innenminister Leuschner auf den Plan. Er erklärte folgendes: "Herr Dr. Wolf hätte besser geschwiegen. Denn es steht fest, dass er sich um die Gründung einer Stahlhelmortsgruppe bemüht hat und der Mörder Oberhahn Mitglied des Stahlhelms ist. Im Interesse meiner Beamten muss ich erklären, dass die Darstellung des abg. Dr. Wolf nicht der Wahrheit entspricht. Ein Zeuge, der der Versammlung beiwohnte, erklärte unter Eid, dass Herr Dr. Wolf die Anwesenden fragte, ob sie bereit seien, die Mitgliedschaft im Stahlhelm zu erwerben. Sämtliche Anwesenden bejahten dies durch Handaufheben. Nach dieser Frage zirkulierte eine Liste in der Versammlung, in der sich alle nochmals schriftlich zum Beitritt in den Stahlhelm erklärten. Soweit der Bericht des Zeugen. Die erwähnte Liste ist ebenfalls beschlagnahmt und liegt hier vor mir. In dieser Liste steht an 27. Stelle der Name des Meuchelmörders Oberhahn

Die Mitteilung des Ministers löste ausserordentliche Erregung aus. Die Abgeordneten erhoben sich von ihren Sitzen. Von überall tönte der Ruf: "Und das ist ein Staatsanwalt". Nur langsam legte sich die Erregung. Dann fuhr der Minister fort:

"Es steht also fest, dass in Ober-Olm eine Gründungsversammlung des Stahlhelms stattfand, dass sich die grosse Mehrheit dieser Versammlung für den Stahlhelm erklärte und sich dieser Vereinigung anschloss. Es wurde ein vorläufiger Vorstand von drei Personen gebildet, der die Geschäfte bis zur endgültigen Einkehr führen sollte. Der Meuchelmörder selbst hat bei seiner Vernehmung zu Protokoll gegeben, dass er Mitglied des Stahlhelms sei." Weiter sagte der Minister, über den Fall selbst zu sprechen lehne er heute ab. Dazu werde sich später Gelegenheit bieten. Das eine aber stehe fest, dass Herr Dr. Wolf sich heute selbst gerichtet hat.

In einer persönlichen Bemerkung suchte der Stahlhelmabgeordnete Dr. Wolf zu retten was noch zu retten war, er musste jedoch feststellen, dass niemand auf seiner Seite war.

Was wird mit diesem famosen Staatsanwalt geschehen?

SPD. Paris, 17. April (Eig. Drahtb.)

Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Laval fand am Freitag im Innenministerium eine Beratung über das Wirtschaftsprojekt statt, das in Genf dem deutsch-österreichischen Zollabkommen entgegengesetzt werden soll. An der Beratung nahmen u.a. Briand, der Handelsminister Rollin, Finanzminister Flandin, Ackerbauminister Tardieu und die Vorsitzenden der Handelskommissionen der Kammer und des Senates teil.

Die geplanten Massnahmen sollen, wie am Freitag halbamtlich erklärt wird, eine rationellere Organisation der landwirtschaftlichen Produktion in Europa

zum Gegenstand haben. Die Meldungen der Pariser Morgenzeitungen vom Freitag, dass die deutsche Regierung von diesem Plan von der französischen Regierung offiziell in Kenntnis gesetzt worden sei, trifft, wie wir an zuständiger Stelle erfahren, nicht zu.

SPD. Das Reichsinnenministerium hat die Beschwerde des Stahlhelm gegen das Verbot seines Bundesorgans am Donnerstag mit folgendem Begleitbrief an das Reichsgericht weitergeleitet :

"Ich trete dem Preussischen Minister des Innern und dem Polizeipräsidenten darin bei, dass der beanstandete Artikel die Voraussetzungen des § 1 Absatz 1 Nr.2, § 12 Absatz 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 erfüllt, und dass angesichts der ausserordentlichen Schwere der in dem Artikel ausgesprochenen, in keiner Weise zu rechtfertigenden Vorwürfe ein Verbot der Druckschrift auf angemessene Zeit am Platze ist."

Was die Dauer des Verbots anlangt, so habe ich gegen die Auffassung des Preussischen Ministers des Innern und des Polizeipräsidenten insofern Bedenken, als ich angesichts der Tatsache, dass der Stahlhelm zur Zeit im Kampfe für das von ihm betriebene Volksbegehren steht, eine kürzere Verbotsdauer für angemessen halte. Wenn ich davon auch absehe, der Beschwerde in dieser Richtung abzuhelfen, so geschieht dies deshalb, weil eine solche Massnahme im gegenwärtigen Stadium des verfahrens bedeutungslos sein würde. Denn das Verbot ist nicht nur auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten, sondern zugleich auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik erlassen und hält sich im Rahmen der im Paragraphen 13 dieses Gesetzes zugelassenen Höchstdauer. Soweit das Gesetz zum Schutze der Republik in Frage kommt, bin ich aber nicht befugt, der Beschwerde abzuhelfen.

Angesichts dieser Rechtslage halte ich es für zweckmässig, den gesamten Fragenkomplex der Entscheidung des Senats des Reichsgerichts zu unterbreiten, wobei ich davon ausgehe, dass das Reichsgericht schon bisher auf Grund des früheren und des geltenden Republikschutzgesetzes das Recht, über die Angemessenheit der Verbotsdauer zu entscheiden, in Anspruch genommen hat und diese Praxis auch bei der Verordnung des Reichspräsidenten beibehalten wird."

Der Brief trägt in Abwesenheit des Reichsinnenministers, der sich z.Zt. in Urlaub befindet, die Unterschrift des Staatssekretärs im Reichsinnenministerium Dr. Zweigert. Er wurde in Uebereinstimmung mit der Reichskanzlei verfasst

SPD. Liegnitz, 17. April (Eig. Drahtb.)

Das Liegnitzer Schöffengericht sprach am Freitag den früheren Pfarrer Ludwig Münchmeyer aus Borkum von der Anklage der Beschimpfung der Republik frei. Der Freispruch erfolgte, da sich die Zeugen nicht mehr auf die Münchmeyer zur Last gelegten Ausdrücke erinnern konnten. Der Staatsanwalt hatte drei Monate Gefängnis beantragt.

Als Verteidiger Münchmeyers trat der Hitler-Anwalt Frank II aus München auf. Münchmeyer erklärte, dass die Liegnitzer Verhandlung sein 94. politischer Prozess sei; 89 mal sei er freigesprochen worden. Nach der Anklage hatte er am 7. Juli 1930 in einer Versammlung in Liegnitz geäussert, die Republik sei eine Judenrepublik, das Republikschutzgesetz sei ein infames und erbärmliches Ausnahmegesetz und eine Ausgeburt des schlechten Gewissens der Republik. Schliesslich könne man einen Schweinestall nicht mit Glacéhandschuhen säubern. Trotz dem der Freispruch, weil die Zeugen plötzlich kniffen. Münchmeyer selbst stand ebenfalls nicht zu seinen Worten in der damaligen Versammlung. Er kniff ebenfalls wie immer!

SPD. Zürich, 17. April (Eig. Drahtb)

Der sozialistische Arbeitsminister der spanischen Regierung, Largo Caballero, hat an das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale folgendes Telegramm gerichtet :

"Im Augenblick da ich mein Amt als Arbeitsminister in der provisorischen Regierung der Republik Spanien antrete, lege ich Wert darauf, Ihnen und den Freunden der Internationale meine Brudergrüsse zu senden und meine Ueberzeugung dahin auszusprechen, dass unserer Sache der Sieg gewiss ist."

Der Sekretär der SAJ, Friedrich Adler, hat auf das Telegramm nachstehende telegraphische Antwort erteilt: "Die Errichtung der Republik in Spanien hat bei den Sozialisten aller Länder stürmische Freude ausgelöst. Der Sieg des spanischen Volkes über Diktatur und Monarchie bedeutet nicht nur die Voraussetzung für seinen eigenen Aufstieg, sondern auch eine schwere Niederlage für den internationalen Faschismus. Wir danken Ihnen herzlich für die Brudergrüsse, die Sie der Sozialistischen Arbeiter-Internationale bei Ihrem Amtsantritt sandten und bitten Sie, der sozialistischen Partei Spaniens und dem spanischen Gewerkschaftsbund unsere Glückwünsche zu dem grossen Erfolge, den die Sache der Demokratie und der Arbeiterschaft errungen hat, zu übermitteln. Wir hoffen mit Ihnen, dass die Einigkeit der Arbeiterbewegung, die sich in den schwersten Zeiten bewährt hat, die Grundlage des weiteren Aufstiegs der Arbeiterklasse Spaniens sein wird."

SPD. Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt:

"Das Stahlhelm-Bundesamt, Abteilung Volksbegehren, hat sich in einem Schreiben an den Herrn Preussischen Innenminister über "mangelnde Ritterlichkeit" des Amtlichen Preussischen Pressedienstes beklagt. Die dem Stahlhelm Gefolgschaft leistende Presse handelt dieses Thema je nach ihrer mehr oder weniger radikalen Färbung in einer Weise ab, die beim äussersten Flügel, dem "Völkischen Beobachter" naturgemäss in die Tonart einmündet, die nun einmal von Blättern dieses Schlages nicht zu trennen ist und die jedem anständigen Menschen ein Eingehen darauf verbietet. Dem Stahlhelm aber sei folgendes gesagt:

Das zuerst vom Polizeipräsidenten in Berlin beschlagnahmte und vom Minister des Innern wieder freigegebene Flugblatt des Stahlhelms, das im Amtlichen Preussischen Pressedienst anlässlich der Begründung des Verbotes einer scharfen Kritik unterzogen worden war, ist durchaus kein Ruhmesblatt für den Stahlhelm. Seine Freigabe ist nicht deshalb erfolgt, weil es - im Gegensatz zu der bei der Beschlagnahme obwaltenden Auffassung - nunmehr als echt erkannt wäre. Vielmehr ist das Ministerium des Innern auch heute noch der Ansicht, dass der in dem Flugblatt wiedergegebene Text eines "Aufrufs der Volksbeauftragten" insofern eine Täuschung darstellt, als nach allen eingehenden Untersuchungen auch heute noch gesagt werden muss, dass ein solcher legitimer "Aufruf der Volksbeauftragten" nicht existiert. Wenn das Ministerium des Innern trotz dieses Sachverhalts die Beschlagnahme aufgehoben hat, so einzig und allein aus dem Grunde, um auch nur den Anschein zu vermeiden, als ob irgendwie durch behördliche Schikanen oder einengende Massnahmen das Volksbegehren behindert werden solle. An dem Urteil des Ministeriums des Innern über die moralische Seite einer Methode, durch Verbreitung eines nirgends als echt zu beweisenden, angeblichen "Aufrufes der Volksbeauftragten" die heutige, vom Stahlhelm bekämpfte Preussische Staatsregierung verantwortlich für die Nichterfüllung von Forderungen jenes angeblichen Aufrufes zu machen, ändert sich mit der Freigabe nicht das Mindeste.

Angesichts dieses Tatbestandes, angesichts dieses Kampfes mit Mitteln, die sicherlich in einem ritterlich geführten Kampfe auszuschneiden hätten, muss es der Amtliche Preussische Pressedienst ablehnen, sich vom Bundesamt des Stahlhelms Lektionen über "Ritterlichkeit" erteilen zu lassen. Er freut sich nur über die erstaunlich grosse Konsequenz des Stahlhelms, der noch vor ganz kurzer Zeit in einer Polemik mit dem Amtlichen Preussischen Pressedienst die dem

Stahlhelm äusserst peinlichen Gründungsflugblätter aus seiner republikanischen Zeit Anfang 1919 als "vergilbte Dokumente" verächtlich abgetan hat, während ein keineswegs ebenso echter Aufruf aus genau derselben Zeit ihm stichhaltig gedug ist, um als Kampfmateriale gegen die Preussische Staatsregierung von 1931 zu dienen!"

SPD. Mainz, 17. April (Eig. Drahtb.)

In den letzten Tagen kam es in dem bei Mainz gelegenen rheinhessischen Ort Ober-Olm zu Streitigkeiten zwischen Stahlhelmen und Kommunisten. Daraufhin ging einer der Stahlhelmer, der 45 jährige Landwirt Oberhahn aus Ober-Olm nach Hause, holte sein Jagdgewehr, stellte sich dann an einer Strassenecke auf und schoss den des Wegs kommenden völlig unbeteiligten Adam Krämer aus Ober-Olm tödlich nieder. Den Bruder des Krämer, der dem tödlich Niedersinkenden helfen wollte, verletzte der Stahlhelmann ebenfalls durch Schüsse.

Dieser abscheuliche Mord aus dem Hinterhalt, ohne vorhergegangenen direkte Angriff, ohne sich über die daherkommende Person zu vergewissern, hat den Ort Ober-Olm und die ganze Umgebung in grösste Aufregung versetzt. Der "Stahlhelm", dem die feige Mordtat selbstverständlich sehr unangenehm ist, hat bisher nicht einmal den moralischen Mut aufgebracht, die Tat zu verabscheuen. Er versucht vielmehr krampfhaft und unter Beugung der Wahrheit, sich von der Verantwortung für die Blutschuld zu drücken. Der Kreisleiter des Stahlhelm, ein Staatsanwalt Wolf, der schon mehrfach unliebsam von sich reden gemacht hat, bestreitet in einer der Presse übergebenen Berichtigung, dass Oberhahn ein Stahlhelmann sei; es gebe überhaupt keinen Stahlhelmann in Ober-Olm, noch liege bisher ein entsprechendes Aufnahmegesuch aus Ober-Olm vor. Demgegenüber steht eine Berichtigung des Landesverbandes Gross-Hessen des Stahlhelm, in der zugegeben wird, dass letzten Mittwoch "eine unverbindliche Besprechung" mit der dort befindlichen Einwohnerwehr stattgefunden habe, "die noch nicht zu einem Anschluss an den Stahlhelm führte." Also bei dem Herrn Staatsanwalt hat der Stahlhelm mit der Sache überhaupt nichts zu tun, bei dem Landesverband hat immerhin eine Besprechung stattgefunden.

Die Wahrheit sieht nach dem Ergebnis der amtlichen Untersuchung so aus: Bei der "unverbindlichen Besprechung" handelte es sich tatsächlich um eine ausdrücklich als Gründungsversammlung des Stahlhelm angekündigte Zusammenkunft mit dem hessischen Landtagsabgeordneten Wolf (das ist der Staatsanwalt) als Redner, bei deren Schluss 48 Einwohner aus Ober-Olm schriftlich ihren Beitritt zum Stahlhelm erklärt haben und in der ein vorläufiger Vorstand von drei Orts-einwohnern gebildet wurde. Auch der Täter Oberhahn hat bei seiner ersten Vernehmung seine Stahlhelm-Mitgliedschaft zu Protokoll gegeben. Die Liste, auf der sich die 48 Einwohner eingezeichnet haben, wurde ausdrücklich als "Mitgliederliste des Stahlhelms, Ortsgruppe Ober-Olm" bezeichnet.

Diesen Tatsachen gegenüber halte man die Dementis des Stahlhelms. Kein Wort der Verurteilung der Tat, aber ein feiges Ableugnen der Verantwortung. Und der Herr Staatsanwalt, selbst ein Hüter des Rechts, findet keine Belastung seines Rechtsgefühls darin, dass er die Öffentlichkeit falsch unterrichtet. Aber alle Ableugnungsversuche werden nichts helfen. Die Verantwortung für die schwere Bluttat ruht auf dem Stahlhelm und niemand wird sie ihm abnehmen!

SPD. Paris, 17. April (Eig. Drahtb.)

Der Hofmarschall des Exkönigs von Spanien, Herzog von Miranda, hat am Freitag-Nachmittag Vertreter der Presse empfangen und ihnen erklärt, dass der Exkönig in keiner Weise der französischen Regierung Schwierigkeiten bereiten wolle und er daher die strengste Zurückhaltung bewahren werde. Er lasse darum bitten, dass sein Inkognito gewahrt werde.

Inbezug auf den künftigen Wohnsitz der früheren Königsfamilie sind nach den Angaben des Hofmarschalls noch keine Beschlüsse gefasst. Wahrscheinlich werde der Exkönig in Paris das Ergebnis der Cortes-Wahlen abwarten. Danach scheint Alfons die Hoffnung auf eine Rückkehr nach Spanien immer noch nicht aufgegeben zu haben.

SPD. Braunschweig, 17. April (Eig. Dr.)

Wie Franzen in der ihm nahestehenden "Braunschweigischen Landeszeitung" mitteilen lässt, hat er die Aufhebung des Verbotes des sozialdemokratischen "Volksfreund", sowie dessen Kopfblätter, unter Weiterleitung der Beschwerde an den Reichsinnenminister abgelehnt.

Am Freitag-Nachmittag war die Beschwerde im Reichsministerium des Innern noch nicht eingetroffen.

SPD. Paris, 17. April (Eig. Drahtb.)

In einer Unterredung, die ein Vertreter des "Intransigeant" mit dem Präsidenten der katalanischen Regierung, Macia hatte, erklärte Macia, dass er für das französische Volk grosse Sympathien habe. Inbezug auf die französische Regierung könne er aber nicht das gleiche sagen, denn sie sei gegenüber den spanischen Republikanern sehr ungerecht gewesen: "Das französische Aussenministerium ist gegen uns gewesen und das werden wir nicht vergessen. Denn alle unsere Sorgen sind auf diese feindliche Haltung zurückzuführen."

Der "Intransigeant" bemerkt dazu, dass Oberst Macia seinerzeit nicht die Gesetze der Gastfreundschaft in Frankreich respektiert habe. Er habe bewaffnete Abteilungen zum Einfall nach Spanien gebildet, was die französische Regierung in einen ernststen Konflikt mit der spanischen Regierung hätte bringen können. Präsident Macia habe also unrecht, noch jetzt wegen seines Prozesses und seiner Ausweisung aus Frankreich mehr Groll zu bewahren als Frankreich wegen des damaligen Aufstandsversuchs der Katalanen ihm gegenüber hege.

SPD. Die bisherigen Einzeichnungsziffern zum Volksbegehren sind in Berlin "beschämend gering". Diese Feststellung trifft nicht etwa ein Berliner Linksblatt, sondern der "Berliner Lokalanzeiger" des Herrn Hugenberg in seiner Freitag-Abendausgabe. Danach scheinen die anfänglichen Siegeshoffnungen bereits einem grossen Katzenjammer gewichen zu sein.

SPD. München, 17. April (Eig. Drahtb.)

Der davongejagte thüringische Naziminister Frick müht sich in einem spaltenlangen Rechtfertigungsartikel im "Völkischen Beobachter" ab, seinen Lesern von den gewaltigen Erfolgen seiner 14monatigen Regierungstätigkeit zu erzählen. Dabei hat er offenbar selbst das Empfinden, dass es nicht allzuviel ist, mit dem er aufzuwarten hat.

In dem langen Sermon findet sich ein Satz, der ganz und gar nicht mit den üblichen Kraftsprüchen hakenkreuzlerischer Demagogen in Einklang zu bringen ist. "Es gibt vielleicht, so heisst es da, harmlose Gemüter, die im Ernst geglaubt haben, ein nationalsozialistischer Minister in Thüringen genüge, um die wirtschaftliche Not im thüringischen Volk zu beheben und die nun enttäuscht sind, dass dies nach 14 Monaten nicht der Fall war. Die so oder ähnlich denken, verkennen, dass das Reich ein einheitliches Wirtschaftsgebiet ist

und dass die Länder infolge ihrer Abhängigkeit vom Reich die wirtschaftlichen Dinge von sich aus nicht ändern können."

Auch eine im Münchener Zirkusgebäude abgehaltene Versammlung sollte Herr Frick und dem thüringischen Nazi-Staatsrat Marschler Gelegenheit geben, der Bevölkerung die segensreiche Tätigkeit in Thüringen schmackhaft zu machen. Die Versammlung wies einen mehr als bescheidenen Besuch auf. Eine beabsichtigte Parallel-Versammlung musste mangels "Masse" abgeblasen werden. Von thüringischen Taten bekam man in dieser Versammlung nichts zu hören. Der Heimkrieger Frick kündigte bei dieser Gelegenheit eine neue Aktion der sogenannten nationalen Opposition gegen den Reichspräsidenten Hindenburg an. Die nationale Opposition werde, so erklärte Frick, bei ihrer demnächst stattfindenden Tagung ernstlich erwägen, ob es nun nicht an der Zeit ist, mit aller Ehrerbietung, aber auch mit aller Entschiedenheit den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg aufzufordern, sein Amt niederzulegen, da er nicht mehr das Vertrauen der Mehrzahl seiner Wähler besitze. Denn gewählt hätten den Feldmarschall von Hindenburg nicht die Herren Brüning und Meißner, nicht die Herren Severing und Braun, sondern gewählt hätten ihn die vielen, die heute in der "nationalen Opposition" ständen.

SPD. Madrid, 17. April (Eig. Drahtb.)

Im Anschluss an die am Freitag abgehaltene Sitzung des Ministerrats erklärte Finanzminister Prieto, dass eine ihm von der italienischen Presse zugeschriebene Aussendung, nach der Spanien im Falle eines Konfliktes zwischen Frankreich und Italien sich auf die Seite Frankreichs stellen würde, unwahr sei. Er habe lediglich gesagt, dass Spanien bei einem Konflikt zwischen den beiden genannten Ländern seine Loyalität gegenüber Frankreich beweisen würde, und er habe auch nur von dem Fall gesprochen, dass ein Geheimvertrag zwischen Italien und Spanien bestehen sollte.

Ministerpräsident Zamora erklärte Journalisten gegenüber, dass der Justiz und der Unterrichtsminister am Sonnabend nach Barcelona abreisen würden, um mit der katalanischen Regierung über die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu verhandeln. Dazu wird aus Barcelona eine neue Erklärung des Präsidenten Macia gemeldet, nach der eine völlige Einigung zwischen der katalanischen und der Madrider Regierung erreicht sei. Es seien nur noch einige Modalitäten des neuen Regimes zu regeln.

Die spanische Regierung hat die Demissionen des bisherigen spanischen Vertreters im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts Grafen de Altea und des ersten Sekretärs der spanischen Völkerbundsdelegation angenommen. Der Innenminister hat inzwischen angeordnet, dass die Gemeinderäte nach dem Ergebnis der Wahlen vom 12. April sofort gebildet werden.

Der Stadtrat von Gijon hat beschlossen, bei der Regierung die Ausweisung sämtlicher Jesuiten aus Spanien zu beantragen.

SPD. New York, 17. April (Eig. Drahtb.)

Der amerikanische Aussenhandel ist im März gegenüber Februar um 49 Millionen Dollar gestiegen. Die diesjährige Märzzeit ist nichtsdestoweniger um 221 Millionen Dollar niedriger als die Märzzeit des letzten Jahres. Die Besserung gegenüber Februar wird mit der Saisonholung und einer teilweisen Besserung der Geschäftslage erklärt.

SPD. Der spanische Arbeitsminister Caballero hat ausser dem Sekretariat der Arbeiter-Internationale in Zürich auch dem Büro der Gewerkschaftsinternationale ein Telegramm übermittelt, in dem es heisst, dass er im Augenblick seines Amtsantritts Wert darauf lege, den Gewerkschaften aller Länder seine brüderlichen Gefühle zum Ausdruck zu bringen. Caballero versichert in dem Telegramm zugleich, dass er der grossen Gewerkschafts-Internationale die Treue halten werde.

SPD. Essen, 17. April (Eig. Drahtb.)

Die "Rheinisch-westfälische Zeitung" hat, wie sie am Freitag-Abend mitteilt, gegen den Landrat Hansmann Klage wegen Beleidigung, und übler Nachrede erhoben. Die Klage stützt sich auf eine Erwiderung Hansmanns auf die gegen ihn in dem nationalistischen Blatt erhobenen Vorwürfe.

SPD. Die Bundesleitung des Stahlhelm erklärt, dass sie weder an den Reichspräsidenten, noch an den Reichskanzler oder den preussischen Innenminister wegen der in seiner verbotenen Zeitschrift enthaltenen Beschimpfungen der preussischen Regierung ein Entschuldigungsschreiben gerichtet hat. Dass der Stahlhelm die Absicht gehabt hat ein derartiges Schreiben abzuschicken, bestreitet er nicht. Davon haben ihn - wie es heisst - bisher Meinungsverschiedenheiten innerhalb seiner Leitung über den Text des Briefes abgehalten. Aber was nicht ist, kann noch werden. Es wäre nicht der erste Bittgang des Stahlhelm.

+ + +

Die Stellungnahme des Reichspräsidenten zu dem Verbot des "Stahlhelm" lässt sich aus dem Briefe des Reichsinnenministeriums an das Reichsgericht schlussfolgern. Darin heisst es, "dass der beanstandete Artikel die Voraussetzungen der Verordnung des Reichspräsidenten erfüllt und dass angesichts der ausserordentlichen Schwere der in dem Artikel ausgesprochenen, in keiner Weise zu rechtfertigenden Vorwürfe ein Verbot der Druckschrift auf angemessene Zeit am Platze ist".

SPD. München, 17. April (Eig. Drahtb.)

Die nach der Stennes-Rebellion von Hitler angeordnete Säuberungsaktion erstreckt sich nun auch auf den Nationalsozialistischen Studentenbund, dessen Mitglieder bisher die treuesten Anhänger der Münchener Operettendiva waren. Der Reichsleiter des Studentenbundes verhängte am Freitag über drei Mitglieder, zwei in Kiel und eines in Bonn, den sofortigen Ausschluss.

SPD. Im Prozess gegen die Spandauer Waffenschieber Hoppe und Genossen vor dem Schöffengericht Berlin-Charlottenburg wurde der Hauptangeklagte, der frühere Nazi-Gastwirt Hoppe, wegen Vergehens gegen das Schusswaffengesetz zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, der Vorhandwerker Paetel vom Zeugamt Spandau wegen fortgesetzten Diebstahls zu derselben Strafe und der technische Polizeisekretär Reimers wegen gewerbsmässiger Hehlerei zu einem Jahr Zuchthaus. Die Angeklagten Heinrich, Mazanke, Wilke und Hochhaus wurden freigesprochen.

Aus aller Welt

Auf dem Nazi-Kriegsschauplatz.

Hakenkreuz-Bilderbogen vom Berliner Gericht - Die Bluttat im Tanzpalast "Eden"
Der Mörder des Lehrlings Nathan - Goebbels drei Mal verurteilt! -

SPD. Berlin-Moabit ist zum Nazi-Kriegsschauplatz geworden. Am Freitag verhandelte man an drei Stellen gegen die entfesselten Männer des "Dritten Reiches", zwei Schwurgerichte und ein Schöffengericht sahen sich genötigt, Hitlers raue Kämpfer unter die juristische Lupe zu nehmen. Die vielen Totschläge, die die SA auf dem Gewissen hat, machen die Säle des Moabiter Primalgerichtes zu Zentren der politisch-juristischen Betriebsamkeit.

Verplappert...

Der Totschlagsprozess gegen die vier Nazis, die den Feuerüberfall auf die friedlichen Gäste des Tanzpalastes "Eden" in Charlottenburg auf dem Gewissen haben, kommt nur langsam vorwärts. Die Vernehmung des Untersuchungsrichters, gegen den sich die wütesten Angriffe der Verteidigung und der Beschuldigten richten - hat doch der Nazimann Berlich die Stirn gehabt, von dem Protokoll des Untersuchungsrichters zu sagen "das hat der Untersuchungsrichter aus sich heraus geschrieben" - wird zu einer gründlichen Entlarvung der Angeklagten. Selbst Herr Becker, der sonst so aggressive Verteidiger, ist plötzlich klein und höflich geworden. Unter Eid versichert Landgerichtsrat Zimmer, dass er das Protokoll mit besonderer Vorsicht angefertigt habe und Berlich genau das gesagt habe, was er heute nicht mehr wahr haben will, nämlich die seinen Komplizen Stief schwer belastende Feststellung, dass er ihn bei dem blutigen Tumult im Eden-Palast beobachtet habe. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Ohnesorge, stellt an Hand der Akten fest, dass Berlich bei den Vernehmungen auf der Polizei zwei Mal verschiedenen Beamten gegenüber die gleiche Beobachtung zu Protokoll gegeben hat. Als Berlich sieht, dass er sein Spiel verloren hat, wird er sehr aufgeregt und lässt sich in der Ekstase zu dem Satz hinreißen: "Ich kann doch meinen Kameraden nicht reinreißen - -!"

Hitler als Zeuge?

Plötzlich stellt Rechtsanwalt Becker den Antrag, Adolf Hitler als Zeugen für die Legalität der NSDAP und dafür zu vernehmen, dass es den Mitgliedern der SA verboten sei, Waffen mit sich herum zu tragen. Der Vertreter der Nebenklage, Rechtsanwalt Litten, schloss sich dem Antrag Beckers an, spielte aber auch seinerseits einen Trumpf aus: er beantragte den früheren Führer des Bezirks Osaf-Ost, den Hauptmann a.D. Stennes, darüber zu vernehmen, dass ein ernsthaftes Waffenverbot in der NSDAP nicht besteht und dass es schon seit Jahren in der Provinz Brandenburg unter der Führung des Hauptmanns Stennes sogenannte Rollkommandos gibt, von deren Existenz Herr Hitler schon seit langem wusste und die die Aufgabe habe, gegnerische Versammlungen zu sprengen und die politischen Feinde der NSDAP mit allen Mitteln unschädlich zu machen. Stennes soll weiter darüber gehört werden, ob es stimmt, dass auch der Sturm 53 der NSDAP, deren Mitglieder die Bluttat im Eden-Palast ausgeführt haben, eines dieser Rollkommandos war. Staatsanwaltschaftsrat Stehning beantragte, die Beschlussfassung über die beiden Beweisanträge zurückzustellen. Das Gericht beschloss in diesem Sinne.

Warum Kuntze schoss.

Eine Treppe tiefer wird gegen den Postaus Helfer Kuntze, einen 27jährigen Menschen, verhandelt, der den tödlichen Schuss auf den Bäckerlehrling Ernst Nathan abgegeben hat. Kuntze, der angibt, in Notwehr gehandelt zu haben, ist

ein typischer Entwurzelter, der aus bürgerlichen Kreisen stammte und wahllos die verschiedensten Berufe ergriff. Nach langer Irrfahrt landete er schliesslich gänzlich versackt bei den Mord- und Rollkommandos der Nazis, nachdem er vorher noch eine Gastrolle beim "Stahlhelm" gegeben hatte,

Die zahlreichen Zeugen, die gegen Kuntze aufmarschieren und die sämtlich verurteilt werden, belasten den Angeklagten aufs schwerste. Sein Kopf mit den unruhig flackernden Augen sinkt immer tiefer und verschwindet schliesslich ganz hinter der Angeklagten-Barriere. Die Zeugen, meistens junge Leute, die vor und während der Tat mit dem ermordeten 17jährigen Bäckerlehrling Nathan zusammen gewesen sind, sagen aus, dass Kuntze Nathan und seine Freunde durch ein ironisches "Heil Hitler" provoziert habe. Als die Arbeiter daraufhin riefen: "Mensch damit kannst Du uns gestohlen bleiben", lief Kuntze einige Schritte fort, drehte sich aber dann grimassenschneidend um und erwiderte: "Kommt doch her, wenn Ihr was wollt!" Als Nathan nun auf Kuntze zueilte, um ihn zur Rede zu stellen, gab Kuntze mehrere Schüsse ab, durch die Nathan getötet und zwei seiner Freunde verletzt wurden.

Die Mutter des Ermordeten.

Von einer Notwehr kann keine Rede sein, da die ganze Auseinandersetzung zwischen Kuntze und seinen Gegnern im Grunde nichts mehr als eine belanglose Hänselei gewesen ist. Auch die Mutter des Ermordeten bekundert mit tränenerstickter Stimme, dass ihr Sohn ihr auf dem Sterbebett erzählt hätte, dass ihn Kuntze angepöbelt habe, worauf Ernst Nathan nur erwiderte: "Geh fort und lass die Provokationen sein!" Gleich darauf habe Kuntze auf ihn geschossen. "Genau so war es, Mutter-!" hat er zu mir gesagt, als er im Sterben lag". In tiefer Bewegung hören Gericht und Zuschauer die Aussage der unglücklichen Mutter, die der Tod ihres Sohnes nicht nur seelisch ruiniert hat, sondern die auch durch den Mord des Ernährers beraubt worden ist.

Josef muss zahlen.

Ein mehr komisches Finale beschliesst den Gang durch Moabits Kriegsschauplatz: Josef Goebbels, der mit viel theatralischem Pomp anrückte und schliesslich stumm und betreten von dannen strich, wurde wegen Beleidigung des Vizepolizeipräsidenten Weiss zu 2 000 Mark Geldstrafe verurteilt, ferner wegen eines im "Angriff" veröffentlichten antisemitischen Hetz- und Hassgedichtes zu 500 Mark Geldstrafe. In seiner Begründung sagte das Gericht, dass die Beleidigungen des Goebbels-Blattes so schmäherlicher und übler Natur gewesen seien, dass nur empfindliche Strafe dem Delikt angemessen sei.

Erfolgreicher Anstandsunterricht.

Als Goebbels wieder mit grosser Grandezza absegnen wollte, kam es durch einen Regierfehler des grossen Josef zu einem für ihn sehr peinlichen Zwischenfall. Mehrere Zuhörer schrien laut und vernehmlich "Heil Hitler" und hoben die Hände zum Faschistengruss. Als der Vorsitzende einen der Schreier feststellen liess, platzte Goebbels mit schriller Stimme heraus: "Drei Monate Gefängnis!" - "Wie bitte?" sagte der Vorsitzende und sah den kleinen Josef erstaunt an. Nun konnte Goebbels nicht mehr zurück und erklärte ironisch, aber offensichtlich peinlich berührt: "Ich meine nur, dass dem Zwischenrufer drei Monate Gefängnis gehören-!" worauf sich das Gericht zurückzog und den Zwischenrufer mit 50, Herrn Goebbels aber mit 100 Mark Ordnungsstrafe belegte! Eine pädagogische Massnahme, die Wunder wirkte. Ganz still und leise zogen Goebbels und die Seinen ab! -

+ + +

Der Tod des Arbeitslosen. In Temesvar (Rumänien) erhängte sich ein Arbeitsloser mit einem Strick am Fensterkreuz seines kleinen Wohnhauses, eil ihm auch das Letzte zum Durchkommen, das Mittagessen aus der Volksküche, genommen worden war. Die Volksküche von Temesvar sind am 1. April geschlossen worden.

+ + +

Kürten wird taktvoll...

Fortsetzung des Düsseldorfer Zeugenaufmarsches - Der Kindermord während des Volksvergnügens - Was ist Scherz und Anstand?

SPD. Düsseldorf, 17. April (Eig. Dr. B.)

Der seltsame Wahrheitsfanatismus des Mörders von Düsseldorf treibt immer neue Blüten. Es ist, als ob Kürten geradezu Befriedigung dabei fände, wenn er die Öffentlichkeit mit neuen Mordgeständnissen überraschen und erschauern machen kann. Nach allem, was man bisher in diesem Prozess vor dem Düsseldorfer Schwurgericht erlebte, kann man glauben, dass Kürten nicht etwa ins Blaue hinein fantasiert, um dadurch vielleicht dem Gericht Charakterzüge vorzutauschen, die ihn strafrechtlich weniger verantwortlich erscheinen lassen können. Es stimmt alles, was er gesteht.

So hat z. B. Staatsanwaltschaftsrat Jansen das vor zwei Tagen von Kürten gemachte Geständnis auf seine Wahrheit geprüft. Der Vertreter der Anklage äussert sich über das Ergebnis seiner Recherchen zu Beginn der Freitag-Sitzung mit folgenden Worten: "Der Angeklagte hat uns erklärt, dass er als achtjähriger Knabe in Köln-Mülheim mit einigen gleichaltrigen Spielkameraden auf einem Floss im Rhein gespielt und dabei die beiden Kinder mit einer Stange ins Wasser gestossen habe, wo sie ertrunken sind. Die Wahrheit dieses Geständnisses hat sich in vollem Umfange bestätigt. Die beiden Kinder sind tatsächlich damals im Rhein ertrunken. Zu der strafrechtlichen Seite möchte ich bemerken, dass die beiden Morde verjährt sind. Ausserdem befand sich Kürten damals noch nicht im straffähigen Alter."

Kaum sind diese Worte, die begreiflicherweise im Publikum beträchtliche Erregung verursachten, gesprochen, als sich Kürtens Verteidiger, Rechtsanwalt Wehner, erhob und die sensationelle Mitteilung machte, dass ihm Kürten am Morgen mitgeteilt habe, dass er als Kind noch mehr Morde begangen habe. Einmal hätte er im Hafen von Köln-Mülheim ein Kind ins Wasser gestürzt: das Kleine wäre ertrunken. Ein anderes Kind, das der Angeklagte auf die gleiche Weise ums Leben bringen wollte, wäre gerettet worden.

Nach diesem tragischen Vorspiel läuft das Drama weiter. Einen seiner traurigsten Akte stellt die nun durch Zeugenaussagen erfolgende Rekonstruktion der Ermordung der Schulkinder Hamacher und Lenzen dar. Kürten hatte die beiden kleinen Mädchen vom Rummelplatz weggelockt und dann umgebracht. Der Arbeiter Ehler bekundet als Zeuge, wie er die Leiche der kleinen Lenzen auffand, und die 13jährige Schülerin Katharina Henninghausen gibt eine erschütternde Schilderung von den Stunden vor dem Ende ihrer beiden Freundinnen: "Wir waren auf der Kirmes in Flehe und haben geschaukelt, bevor der Fackelzug kam. Dann sind meine Freundinnen fortgegangen; hinter einer kleinen Wirtschaft. Dann sah ich sie noch, wie sie den Feldweg entlanggingen". Die nächsten Zeugen schildern, wie sie Hilferufe gerade in der Zeit hörten, als der Fackelzug vorbeikam. Frau Thiepel erzählt, wie ein Kind zu der Zeit, als das Feuerwerk abgebrannt wurde, furchtbar schrie und andauernd "Mama, Mama!" rief... Aber Frau Thiepel meint, dass sie sich bei der Sache "nichts dachte" und die sie ergänzende Frau Derendorff sagt, dass sie schnell wieder vom Feldweg, an dessen Rand der Mord geschah, zurückgekehrt sei, als sie ein "verdächtiges Geräusch in den Bohnen gehört habe". Dr. Randerath, der Sachverständige, der die Leichen der Kinder obduzierte, spricht von der unglaublichen Wucht, mit der Kürten seine wüsten Messerstiche geführt haben muss: die inneren Organe waren vollkommen zerrissen, die Lunge durchbohrt; bei der kleinen Hamacher ist die Luftröhre durchschnitten worden.

Wie anschliessend der Fall Schulte zur Behandlung kommt, wird teilweise die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Gertrud Schulte, eine Hausangestellte, lernte den Angeklagten im August 1929 an einem Sonntag kennen. Beide gingen

zusammen über die Felder und an den Rheindamm bei Oberkassel, sie legten sich ins Gras, Kürten wurde zärtlich -- zudringlicher aber, als das Mädchen abwehrte-: hier tut nun die Zeugin einen klassischen Ausspruch: "er kleidete mich aus, aber ich dachte, es sei scherzweise, weil er doch vorher so anständig war". Gertrud Schulte sagt nun weiter, dass sie zu schreien gedroht habe, als sie sah, dass die Sache ernster wurde, worauf Kürten erklärt haben soll "hier hört Dich doch niemand". Die Zeugin erinnert sich an ihre weitere Antwort: "dan will ich lieber sterben" und an Kürtens anschliessende Erwiderung: "So stirb!" Daraufhin habe dann Kürten mit einem Messer auf sie eingestochen.

Ob sich das alles wirklich so abgespielt hat, oder ob hier nicht viel Fantasie in den Quell der Wahrheit gloss, ist nicht geklärt; Kürten, der sich alles ganz ruhig und scheinbar uninteressiert, gewissermassen weit weg von sich, mit angehört hat, äussert sich selbst zu der Darstellung der Zeugin überhaupt nicht lässt aber durch seinen Verteidiger mitteilen, dass von Sterben bei dem Gespräch nicht die Rede gewesen sei. Der nächste Zeuge zum Fall Schulte ist der Arzt, der die Zeugin nach dem Kürten-Attentat behandelte: er sagt aus, dass Fräulein Schulte durch zahlreiche Stiche schwer verletzt worden sei und dass sie mehrere Tage in Lebensgefahr geschweht habe.

Anschliessend kommt es zur Vernehmung der Zeugen in der Mordsache Ida Reuter. Wie die Angehörigen der Toten den Saal betreten, bittet Kürten, auf deren Vernehmung, oder doch wenigstens auf die Vernehmung der Mutter Ida Reuters zu verzichten, um jede unnötige Härte zu vermeiden: offenbar befänden sich die Angehörigen noch sehr unter dem Eindruck der Geschehnisse; sie müssten geschont werden. Echtes Gefühl? Theater? Niemand wird Kürten ganz durchschauen. Ist doch auch von rätselhafter Menschlichkeit der Umstand, dass der Mörder während der Vorvernehmung der Hausangestellten Schulte dieser aus Mitleid die Belohnung für die Aufklärung des Mordes an der Prostituierten Gross zuschanzen wollte und sich, nachdem er ihr in einem zugesteckten Briefchen eine Anzeige gegen ihn empfohlen hatte, zunächst auch für diese Tat verantwortlich erklärte, obgleich ein Kreuzverhör darüber sofort ergab, dass er der Täter nicht sein konnte.

Ein Licht der Komik wirft schliesslich in das grausige Dunkel des Prozesses die Angst des als Zeugen vernommenen Waffenhändlers, der dem Verbrecher das Stilett verkaufte, durch das so viel Furchtbares geschah: die Angst vor der Veröffentlichung seines Namens in der Presse nämlich. Um den Ruf seines bestrenommierten Hauses zu wahren, versichert er mit Eifer: "Es war selbstverständlich nur billigste Ware von 1,50 bis 1,70 Mark...!"

+ + +
Den Gefangenenwärter ermordet. Im Gerichtsgefängnis des Amtsgerichts Prenzlau (Ueckermark) überfielen und erwürgten die beiden Strafgefangenen Potocki und Pilgram den Strafanstaltsobewachtmeister Fritz Neubauer, schleppten den Leichnam in einen Keller der Strafanstalt, bemächtigten sich der Gefängnisschlüssel, kleideten sich um und ergriffen die Flucht. Etwa vier Kilometer von Templin entfernt wurden die Täter in der Nähe eines Restaurants von einem sie verfolgenden Polizeibeamten gesichtet. Es entspann sich eine wilde Jagd, jedoch gelang es den Fliehenden, im Dunkel des Waldes zu entkommen, der daraufhin von Polizeibeamten und Landjägern ergebnislos durchsucht wird. Potocki ist ein wegen Urkundenfälschung verurteilter Schnitter, Pilgram ein wegen schwerer Körperverletzung und verbotenen Waffentragens verurteilter Schlächter. Pilgram wäre am 13. Mai aus der Haft entlassen worden, war aber wegen eines anderen Vergehens zu Ueberhaft vornotiert. Potocki hätte am 3. Mai seine Strafe beendet, jedoch seine Ausweisung aus Deutschland zu befürchten gehabt. Das Gelingen des Verbrechens der beiden Sträflinge dürfte nicht zuletzt dadurch zu erklären sein, dass im Prenzlauer Gefängnis auf 70 Sträflinge ein einziger Aufseher kommt.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Das Notwendende zuerst!

SPD. Ein harter Winter ist vorüber und der Frühling steht vor der Tür - aber noch kein Frühling der Wirtschaft. Auf dem Arbeitsmarkt hat zunächst nur die selbstverständliche saisonale Entlastung eingesetzt. Alle Welt ist sich darüber im klaren, dass auch das Jahr 1931 ein sehr hartes Jahr sein wird, ein Jahr mit einer sehr grossen Arbeitslosenziffer. Unter diesen Umständen durften vor allem die von der Not am ärgsten heimgesuchten Arbeitslosen erwarten, dass das Reichskabinett sich bei seinem Zusammentritt nach Ostern, der voraussichtlich am 23. April erfolgt, in erster Linie mit ihrer Sorge befasst. Wie verlautet, steht jedoch auf der Tagesordnung der Kabinettsitzung schon wieder einmal die Agrarfrage. Der Reichsernährungsminister hat ein neues grosses Programm vorgelegt. Natürlich bedeutet das nicht, dass das Kabinett sich zunächst überhaupt nicht mit den sozialpolitischen Fragen beschäftigt. Trotzdem kann man nicht die Befürchtung von der Hand weisen, dass die sozialpolitische Fragegruppe nicht mit der Vordringlichkeit und Gründlichkeit zur Erörterung und zur Erledigung kommt, wie das angesichts der Massennot erforderlich wäre. Der Reichsarbeitsminister wird sich energisch wehren müssen, wenn er nicht ins Hintertreffen geraten will.

Arbeitszeit, Knappschafft und Arbeitslosenunterstützung - die Bedeutung und den Ernst dieser Fragen braucht man nicht mehr hervorzuheben. In allen diesen Fragen muss die Regierung nun endlich zeigen, ob sie nicht nur für die Agrarier, sondern auch für die breiten Massen der Lohnarbeiter etwas übrig hat. Mit blossen Notbehelfen ist den werktätigen Massen nicht gedient. Durchgreifende Hilfsmassnahmen sind aber nicht bloss so nebenbei zu schaffen. Das Kabinett muss sich also darüber klar werden, was dringlicher ist: die neuen Forderungen der Agrarier oder die von den Gewerkschaften verlangten Notwendigkeiten sowohl in den sozialpolitischen Sanierungs- und Sparmassnahmen wie in der Frage der Arbeitszeit. Wohl pfeifen es bereits die Spatzen von den Dächern, dass eine Notverordnung in der Arbeitszeitfrage kommt und zwar im Sinne der Vorschläge der Braunskommission, allein eine solche Notverordnung kann unmöglich genügen; denn die in Aussicht genommene Auswahl einzelner Gewerbebezüge und die Prüfung, ob die Herabsetzung der Arbeitszeit in diesen Gewerbebezügen technisch und wirtschaftlich möglich ist - das wäre ein Verfahren im Schneckentempo. Die Vorschläge der Braunskommission sind ja vielfach noch zäher als die Arbeitgeber selbst; denn das Gutachten der Kommission will von der Verpflichtung zur Arbeitszeitverkürzung die Betriebe mit weniger als 10 Arbeitnehmern ausnehmen, während die Arbeitgeberpresse die Grenze bei 5 Arbeitnehmern zieht.

Allem Anschein nach will sich die Regierung in der Arbeitszeitfrage von den Ereignissen überholen lassen; denn wir stehen ja bereits mitten drin in einer Periode der praktischen Verkürzung der Arbeitsdauer. Die Ausdehnung der Kurzarbeit ist nach der Auffassung der Gewerkschaften schon längst nichts anderes mehr als eine Art Experiment für die dauernde Verkürzung der Arbeitszeit. Dass die Arbeitgeberorganisationen zu diesem Umstellungsprozess nichts anders zu sagen wissen als das bereits langweilig gewordene Gejammer, die Arbeitszeitverkürzung sei technisch nicht durchführbar und finanziell nicht tragbar, verriet nur jene Weltfremdheit, die in den Spitzenverbänden der Unternehmer bei der Entscheidung über Lebensfragen der Wirtschaft öfters zutage tritt. Zu ihrem Kampf gegen die Arbeitszeitverkürzung verstricken sich die Arbeitgeber in

geradezu tolle Widersprüche. Einmal erklären sie die Arbeitszeitverkürzung nehme auch ohne gesetzlichen Zwang immer mehr zu, und ein andermal behaupten sie, die Arbeitszeitverkürzung sei nicht durchführbar; denn sie werde "wirtschaftlich unabsehbaren Schaden anrichten". Tatsächlich hat es sich bei dem Widerstand der Arbeitgeber gegen die Arbeitszeitverkürzung von Anfang an um nichts anderes gehandelt als um die Sicherung des Lohnabbaus. Sie geben das heute zum Teil schon selbst zu, wenn sie betonen, dass die Senkung der Gesteuerungskosten nicht gut möglich sei, wenn zu Lohn- und Gehaltssenkung noch Kurzarbeit hinzutrete.

Auch die Regierung wollte von Anfang an nur deswegen nicht an die Arbeitszeitverkürzung heran, weil sie den Lohnabbau durchführen wollte. Mit diesem Lohnabbau hat sie volkswirtschaftlich böß daneben gehauen. Vielleicht bereit sie ihn. Sie hätte allen Anlass, der Arbeiterschaft gegenüber manches wieder gutzumachen. Der Reue muss die Genugtuung folgen. Was die Braunskommission zur Entlastung des Arbeitsmarktes vorgeschlagen hat, ist noch lange keine Wiedergutmachung.

SPD. Wieviel "Gewerkschaftsbonzen" gibt es? Eine interessante Frage; denn die Nationalsozialisten haben die Entdeckung gemacht, dass alles Elend der Arbeiterschaft nur von den Gewerkschaftsbonzen herrührt. So versteigt sich eines ihrer Hetzblättchen - es nennt sich "Arbeitertum" Blätter für Theorie und Praxis der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation" - nach einem längeren Gepolter über die "Sünden der freien Gewerkschaften" zu folgender Behauptung: "Gewiss verstehen wir die Angst der roten Herrschaften, um ihre einträglichen Pfründen; leben doch allein 16 905 Marxisten davon, während andere dafür lediglich die hohen Beiträge zu bezahlen haben."

16 905 Marxisten? Wie kommen die Nazis auf diese Zahl? Sie haben sie - natürlich von den Kommunisten. Die erwähnte Nazizeitschrift sagt: "So finden wir in der Mänzenbergschen Zeitschrift "Roter Aufbau" folgende Aufstellung:

Gewerkschaftsangestellte:

ADGB. = Bundesbüro und Bezirkssekretäre	53
ADGB. = Ortsausschüsse und Arbeitersekretariate	314
Afa. = Bundesbüro	20
Deutscher Metallarbeiter=Verband (inkl. technisches Personal)	1 083
Fabrikarbeiter=Verband (ohne Schreibhilfen)	441
Baugewerksbund (mit Hilfskräften)	569
Holzarbeiter=Verband	285
Bergarbeiter=Verband 1927	202
Nahrungsmittel= und Getränkearbeiter=Verband	208
Uebrige dem ADGB. angeschlossene Verbände	2 280
Afa-Bund und ADB	644
Pensionierte	946
	<u>zusammen: 16 905</u>

Rechnet man nach, dann kommt bei dieser Aufstellung nicht 16 905, sondern nur 7 045.

Die "Gewerkschaftszeitung", das Organ des ADGB, bemerkt zu diesem Unfug: "Späht man nach des Rätsels Lösung, so besteht die Wahl zwischen folgenden Erklärungen: Können sie nicht rechnen, sind sie wirklich so dumm? Oder sind sie so verlogen, dass sie bewusst eine solche Summe nennen - in der Erwartung, diese werde sich dem flüchtigen Leser einprägen und dann aus dem Lärm aller Agitationsversammlungen widertönen? Oder sind sie selbst zum Lügen zu dumm? Wir entscheiden uns für die dritte Erklärung."

SPD. Für die Hochseefischerei ist von dem Schlichter Dr. Stenzel ein Schiedsspruch gefällt worden, der eine Kürzung der geltenden Heuersätze um 4 1/2% vorsieht; ebenso soll das Kostgeld für die Zeit während des Aufenthalts im Hafen um 25 Pfennig ermässigt werden. Der Antrag der Unternehmer, die Effektenunterstützung (Ausrüstung) um 150 Mark zu kürzen, wurde abgelehnt. Es bleibt bei dem alten Satz. Die neue Lohnregelung soll bis zum 31. Oktober 1931 laufen, der Manteltarif bis Ende Juni 1931.

+

Für die Beilegung des Lohnkonflikts in der Rheinschiffahrt hat das Reichsarbeitsministerium den Dortmunder Schlichter Brahn beauftragt. Er soll die Löhne und Gehälter des Deckpersonals neu regeln. Die Verhandlungen sind auf den 23. April angesetzt. Sie findet in Düsseldorf statt.

SPD. Das Arbeitsgericht Berlin hat die Betriebsratswahl bei der russischen Garantie- und Kreditbank für den Osten für ungültig erklärt, weil es nicht zulässig sei, dass ein Arbeitgeber einseitig die Wahlpropaganda zu beeinflussen suche. Die Wahl war von dem freigewerkschaftlichen Bankangestellten Fuchs angefochten worden, da die Geschäftsleitung wohl die Agitation der RGO, nicht aber die zur Verteilung von freigewerkschaftlichen Flugblättern zulies.

Auch die gegen Fuchs zu Ende Juni ausgesprochene Kündigung wurde von dem Gericht als ungültig erklärt.

SPD. In dem Arbeitskonflikt bei der holländischen Textilfirma Nico ter Kuile u. Söhne, wo bereits 600 Arbeiter die Arbeit niedergelegt haben, ist eine Verschärfung eingetreten. Der Fabrikantenverband hat der Firma Unterstützung zugesagt, sodass es allem Anschein nach in Enschede zu einer grösseren Aussperrung kommen wird. Der Kampf kam zum Ausbruch, weil die Firma die Löhne, die nur 23 bis 25 Gulden pro Woche betragen, noch weiter herunterdrücken wollte.

SPD. In den am Freitag im Reichsarbeitsministerium stattgefundenen Schlichtungsverhandlungen für die Reichsarbeiter von den am Tarifvertrag beteiligten Organisationen folgende Vereinbarung getroffen:

Die Kündigung des Tarifverhältnisses bleibt in dem erfolgten Umfang rechtlich bestehen. Praktisch gilt jedoch bis zum 31. Mai 1931 die alte Regelung mit folgender Massgabe: Der sogenannte Frauenzuschlag (§ 17 TAR) fällt mit Wirkung vom 19. 4. 1931 fort. Vom gleichen Tage an werden die Lohnsätze bis einschliesslich 83 Pfennig um 2 Reichspfennige, von 84 bis einschliesslich 116 Pfennige um 3 Pfennige und die höheren Sätze um 4 Pfennig gekürzt. Die Löhne der weiblichen Arbeiter verringern sich um 1 Pfennig und in Berlin, Altona und Hamburg um 2 Pfennig; im übrigen gelten die alten Schlüsselungen.

Alle übrigen Streitfragen sollen in der Zeit vom 20. bis 31. Mai zwischen den Parteien weiter verhandelt und notigenfalls geschlichtet werden. Die Parteien setzen sich dabei mit allem Nachdruck für eine positive Lösung ein.

Die Parteien behalten sich bis zum 23. 4. 12 Uhr den Rücktritt von dieser Vereinbarung vor. Erfolgt ein Rücktritt, dann wird sofort weiterverhandelt.

Die Organisationen werden im Laufe der nächsten Tage zu der Vereinbarung Stellung nehmen.

Übersteigerung an der Börse.

(Börsenbericht für die Woche vom 13. bis 18. April.)

SPD. Berlin, den 18. April 1931.

Mit Ausnahme von wenigen Spezialpapieren ist in der verfloßenen Woche ein langsamer aber nicht unerheblicher Abbau der Kurse erfolgt. Das Publikum, das Anfang April stark an der Börse kaufte, ist so gut wie völlig verschwunden. Die für Börsenzwecke verfügbar gewesenen Spargelder und ferner die aus Zinskupons zugeflossenen Beträge scheinen demnach grösstenteils Anlage gefunden zu haben. Wo aber noch Mittel für das Börsenspiel verfügbar sind, hält man es augenscheinlich für richtig, nach den vielwöchentlichen und recht starken Kurssteigerungen einmal abzuwarten, ob das gute Wetter an der Börse anhält.

Dass diese Reserve nicht falsch war, zeigt die Kursentwicklung der vergangenen Woche. Es war und ist unter der Flagge "Aufwertung der unterwerteten Aktienkurse" eine Steigerung eingetreten, der die wirtschaftliche Entwicklung nicht gefolgt ist. Das aber bedeutet neue Reduktion der Kurse auf das voraussichtlich berechnete Mass. In diesem Korrekturprozess befindet sich die Börse nicht nur bei uns, sondern in noch viel ausgeprägterem Masse in New York, wo teilweise in den letzten Tagen die tiefsten Kurse seit vielen Jahren notiert wurden. Wann und an welchem Punkt diese Revision Halt machen wird, ist heute noch nicht zu übersehen.

Die stärksten Abschlüge sind auf dem Kunstseidenmarkt eingetreten, der allerdings auch die grössten Aufwärtssteigerungen aufzuweisen hatte. Bemberg sprangen am Schluss der Montagsbörse unvermittelt bis auf 111,5 %, um dann schrittweise und unter kleinen Schwankungen bis auf 97,25 % nachzugeben (also 10 % ihres Wertes). Akuaktien sanken nach 95 auf etwa 89 % ab. Ihnen folgten die ebenfalls in der Vorwoche besonders favorisierten Aktien der Deutschen Erdöl A.G., bei denen grosse Erdölhoffnungen zur Hausse geführt hatten. Mit einem Rückgang von 86 auf 76 % haben sie fast den grössten Teil ihres vorangegangenen Gewinnes wieder eingebüsst.

Auch die Kaliaktien, die ebenfalls vom Erdölrausch profitierten, mussten sich schärfere Korrekturen gefallen lassen, da allmählich eine ruhigere Betrachtung dieser neuen "Goldströme" Platz greift. Salzdetfurthaktien sanken von 272 auf 252 %, konnten sich allerdings zum Schluss der Freitagsbörse bis 257 % erholen, womit sie aber noch immer um 15 Punkte niedriger liegen. Westerregeln gaben von 181,5 bis 167 % und Kali Aschersleben von 177,5 bis 160 % nach.

Einen Ausbruch aus der Allgemeintendenz versuchte die Spekulation am Markt der Schultheiss-Patzenhoferaktien. Es gelang ihr am Dienstag den Kurs von Sonnabend von 180 % bis auf 184,5 % heraufzusetzen; jedoch konnte dieser Gewinn trotz aller Bemühungen nicht gehalten werden. Am Freitag gaben sie bis auf 177 % nach. Ein ähnlicher Versuch war am Markt der Deutschen Linoleumaktien zu beobachten, deren Kurs am Montag auf 104,5 nach 98 % heraufgesetzt wurde. Bis Freitag war bereits wieder eine Ermässigung auf 96 % eingetreten.

Ohne Unterbrechung hielt dagegen das Angebot am Montanmarkt an. Die ausserordentlich ungünstigen Ziffern des Quartalsausweises der Vereinigten Stahlwerke lösten immer neue Verkäufe aus. Infolgedessen mussten Vereinigte Stahlwerke selbst von 63 bis auf 56 % nachgeben (Schluss 57 %). Die Phönixaktien sanken von 66,5 auf 60,5 %, Ilse hatten einen scharfen Rückgang (von 206 bis

187 %). Rheinische Braunkohlen wurden weniger betroffen. Dagegen passten sich Rheinische Stahlwerke den Phönix und Stahlwerksbewegungen an, indem ihr Kurs von 91 auf 82 % absank.

Auch die Elektropapiere hatten teilweise beträchtliche Korrekturen aufzuweisen. Der Chaderückgang von 305 auf 287 Mark stand im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen in Spanien. Auf Publikumsverkäufe war der Rückgang der Siemensaktien von 190,75 auf 179,5 % zurückzuführen, dem nur eine kleine Besserung am Freitag auf 181,5 % folgte. AEG waren mit 111,5 nach 118,75 % niedriger, Gesfürel mit 126,5 sogar 9 Punkte schwächer.

Selbst die Grossbankaktien mussten im Kurse nachgeben und zwar um 3 bis 4 Punkte, Reichsbankanteile waren um etwa 6 Punkte niedriger, Eisenbahn- und Schiffahrtsaktien büssten 4 bis 5 Punkte, Allgemeine Lokalbahn sogar über 10 Punkte in wenigen Tagen ein.

SPD. Die am Freitag stattgefundene Generalversammlung der grössten deutschen Bank, die Deutsche Bank-Discontogesellschaft, benutzte Generaldirektor Wassermann um einige Ausführungen zu dem Kapitel Krise und Krisenursache zu machen. Weniger wäre mehr gewesen. Wir unterstreichen, wenn Wassermann ausführt, dass die Wirtschaft 12 Jahre nach dem grossen Krieg noch immer nicht Frieden hat, dass die Mechanisierung zu einer ungeheuren Fehlleitung des Kapitals führte und dass der planlose Wiederaufbau des Weltkapitalismus gewissermassen eine Krisenursache darstelle. Was soll man aber sagen, wenn Wassermann doziert, 5 Millionen Menschen in Deutschland seien erwerbslos geworden, weil ein doktrinärer Sozialismus verhindere, durch entsprechend verminderte Löhne grössere Arbeitsquanten zu schaffen. Man wolle die Löhne nur in der Masse herabsetzen, in dem sich die Lebenshaltung verbillige und man sehe nicht ein, dass eine Senkung der Nominallohne allein nicht zur Ueberwindung der Krise ausreiche. Deshalb ist, nach Wassermann, weniger Sozialismus sozialer; da es klar sei, dass die Reallöhne unter den jetzigen Verhältnissen zu hoch seien.

Man staunt. Weiss der Generaldirektor der grössten deutschen Bank nicht, dass nicht nur die Nominallohne gesunken sind? Weiss er nicht von dem ungeheuren Abbau der Reallöhne? Kennt Wassermann die entsprechenden Ausführungen des Konjunkturforschungsinstituts nicht? Das wäre kaum denkbar. Wenn man aber vor der ganzen Welt etwas ausführt, was sich nicht mit den Tatsachen vereinbart, dann entspricht das sehr wenig dem Niveau, das die Generalversammlung einer deutschen Grossbank haben sollte.

Es ist überhaupt eine Unsitte geworden, Vorstandsbericht und Generalversammlung zum Ort polemischer Auseinandersetzungen zu machen, wobei man allerdings die Bequemlichkeit genießt, die Gegenseite nicht zu Wort kommen zu lassen. Wir können uns denken, dass die erschienenen Aktionäre der DD-Bank an anderen Dingen weit mehr Interesse haben als an der merkwürdigen Auffassung Wassermanns über die Zusammenhänge zwischen Krise und Kaufkraft. Wir denken uns, dass die Aktionäre z.B. an Details der Ostbankpleite, deren Verluste für die Deutsche Bank Wassermann am Freitag mit 36 Millionen Mark angab, weit mehr interessiert sind, weiter an dem, was ein Opponent in der Generalversammlung der Deutschen Bank, der Aktionär Philipp, sagte bzw. nicht sagte, weil ihm das Wort entzogen wurde. Philipp ist früherer Abteilungsdirektor der Deutschen Bank. Im Zusammenhang mit den gegen Direktoren der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft erhobenen Vorwürfen wegen Steuerhinterziehung erklärte am Freitag Philipp, dass man auch an ihn während seiner Amtstätigkeit in der Deutschen Bank herantreten sei, um in Holland unter einem Decknamen Spekulationen durchzuführen. Er habe auch diese Aussagen vor der Steuerbehörde unter Eid gemacht. Philipp forderte dann die Auflösung des Geheimbüros der Deutschen Bank, das nur dazu diene, Geheimgeschäfte für Direktoren und Aufsichtsräte zu tätigen. Im weiteren Verlauf der Debatte wurde dem Aktionär Philipp durch Beschluss der Generalversammlung das Wort entzogen!

SPD. Der Ausweis der Reichsbank für die Woche zum 15. April weist einen Rückgang der Devisenbestände um 51,4 Millionen auf 114,2 Millionen nach.

Der Devisenabfluss hängt wohl mit den Reparationszahlungen zusammen. Auch das Konto sonstige Aktiven scheint einen grösseren Devisenabfluss (Rückgang etwa 47 Millionen) erlitten zu haben. Trotzdem die deutsche Handelsbilanz einen Ausfuhrüberschuss aufweist, also stark Devisen hereinkommen, und sich die Zufuhren ausländischen Kapitals in den letzten Wochen gebessert haben, mussten die Devisenbestände stärker angegriffen werden. Man kann das gegen eine Diskontsenkung, die im Interesse unserer Wirtschaftslage notwendig ist und die nur zu begrüssen wäre, auslegen, wenn nicht die Tatsache zu verzeichnen wäre, dass der Zufluss ausländischen Geldes infolge der innerpolitischen Entwicklung - rechtsradikale Bewegung und Ausfall der Wahl am 14. September 1930, die zu Putschgerüchten Veranlassung gab - unter normalem Stand liegt. Das hindert aber nicht daran, dass sich die erwartete Diskontsenkung weiter verzögert. Es wird eben schnell Porzellan zerschlagen, das nachher nur mühsam und langsam geleimt werden kann.

Im übrigen sind die für Ueberwindung des Märzultimos gewährten Kredite im grössten Ausmass zurückgeflossen. Die gesamte Kapitalsanlage verminderte sich um fast 480 Millionen auf 1801,9 Millionen (Mitte März 1931 um 250,3 Millionen auf 1822,9 Millionen und Mitte April 1930 um 267,4 Millionen auf 1926,2 Millionen). Die Wechsel- und Scheckbestände verringerten sich um die Rekordsumme von 424,5 auf 1550,9 Millionen (März 1931 um 215,9 Millionen auf 1626,4 Millionen, Mitte April 1930 um 261,3 Millionen auf 1765,7 Millionen).

Die Goldbestände haben um 1,2 Millionen auf 2344,8 Millionen zugenommen.

Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 53,5 % in der Vorwoche auf 60,5 %, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 57,3 % auf 63,5 %.

Wenn man einen Zusammenhang zwischen Geldumlauf und Wirtschaftsbesserung konstruieren will, so bietet der Reichsbankausweis für Mitte April 1931 gerade nicht besonders gute Aussichten. Der Umlauf an Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen stellte sich Mitte April 1931 auf 4274 Millionen Mark gegenüber 4634 Millionen Mitte April 1930 und 4370 Millionen Mitte März 1931.

SPD. Die Wareneinfuhr nach Deutschland ist während des Monats März gegenüber dem Vormonat mit 604 Millionen fast unverändert geblieben. Die Ausfuhr hat sich dagegen von 733 Millionen auf 822 Millionen gesteigert. So ergibt sich ein Ausfuhrüberschuss von 218 Millionen Mark. Berücksichtigt man die Reparationssachlieferungen in Höhe von 45 Millionen (im Vormonat ebenfalls 45 Millionen), so steigert sich der Ausfuhrüberschuss auf 263 Millionen Mark.

Die Rohstoffeinfuhr hat sich mit 297,3 Millionen gegenüber 331,4 Millionen im Monat Februar 1931 (im März 1930 = 493,2 Millionen) weiter verringert. Die Rohstoffausfuhr stieg um 12 Millionen auf 171,7 Millionen. Für die Steigerung der Ausfuhr kommt die Fertigwarenausfuhr in Frage. Sie erhöht sich von 591 Millionen im Monat Februar 1931 auf 662,3 Millionen im Monat März. Das ist immer noch doppelt so viel als die gesamten zusätzlichen Lieferungen nach Sowjetrussland ausmachen. Wie stark die Fertigwareneinfuhr gelitten hat, geht aber daraus hervor, dass sie im März 1930 = 833,5 Millionen ausmachte. Gestiegen ist die Ausfuhr von Textilfertigkeiten. Hier kommt wohl schon die bessere Beschäftigung in der Exportkonfektion in Frage. Auch die Eisenausfuhr hat zugenommen, was wohl mit der besseren Situation an den Welteisenmärkten zusammenhängt.

SPD. Die Holdinggesellschaft des Frankfurter Metallkonzerns, die Schweizerische Gesellschaft für Metallwerte, vermindert ihre Dividende von 9 auf 6%. Der Ertrag aus Anlagen ist von 2,50 auf 2,20 Millionen Franken zurückgegangen. Die Ertragnisse aus Bankguthaben usw. haben sich von 1,75 Millionen auf 1,4 Millionen gesenkt. Der Reingewinn wird mit 1,82 Millionen Franken angegeben gegenüber 2,66 Millionen Franken. Wesentlich an dem Bericht ist die engere Verflechtung der Frankfurter Gesellschaft, die als repräsentatives Unternehmen der deutschen Metallwirtschaft und als erster Faktor der deutschen Metallpolitik zu bezeichnen ist, mit der englischen und belgischen Metallindustrie.

Berliner Viehmarkt.

(17. April)

SPD. Auf dem Schweine- und Schafmarkt konnten die letzten Notierungen behauptet werden, wenn es auch teilweise zu Preisrückgängen kam. Dabei war der Markt genügend beschickt. Auf dem Schweinemarkt wurden schwere fette Tiere gesucht. Auch auf dem Rindermarkt konnten die letzten Preise behauptet werden. Auf dem Kälbermarkt dagegen kam es zu beträchtlichen Preisrückgängen, die bis 5 Pfennige pro Pfund Lebendgewicht ausmachen.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 32 - 39 (voriger Markt 32 - 39), b) 28 - 31 (28-31), c) 23 - 27 (23-27), d) 18 - 22 (18-22). Kälber: a) (-), b) 68-78 (72-80), c) 55-70 (60-75), d) 35-48 (38-52). Schweine: a) (über 300 Pfund) 44 - 46 (44 - 46), b) (240-300 Pfund) 44 - 46 (44-46), c) (200-240 Pfund) 44-45 (44-46), d) (160-200 Pfd.) 43-44 (42-45), e) (120-160) 40-42 (40-42), f) (unter 120 Pfund) (-), g) (Sauen) 40-41 (40-41).

SPD. Die Firma Krupp A.G. in Essen hat mit der United States Steel Corporation, New York, ein Abkommen geschlossen, das gemeinsame Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten vorsieht. Nach dem Abkommen überlässt Krupp den Amerikanern die Patente für die Produktion nichtrostenden Stahls. Für die An-
kurbelung der Erzeugung wird Krupp technische Hilfsdienste leisten.

SPD. Die Salamanderschuhfabriken, die vor einiger Zeit den Mercedeskonzern aufgenommen haben, werden wieder eine Dividende von 8 % ausschütten.

SPD. Im Zusammenhang mit der Transaktion, in deren Mittelpunkt die Berliner Elektrizitätswerke stehen, werden die dem Reich gehörigen Elektrowerke mit Hilfe der Reichskreditgesellschaft und der D-Banken eine Inlandsanleihe in Höhe von 12 Millionen Mark aufnehmen.

SPD. Die Rothenburger Feuerversicherungs A.G. hat im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten des Konzerns ihre Feuer-, Fahrrad-, Diebstahl- und Einbruchversicherung an die Union und Rhein-Versicherungs A.G. Berlin abgetreten.

Greift die Getreidehandelsgesellschaft ein?

(Berliner Getreidebörse vom 17. April)

SPD. An der Berliner Produktenbörse war am Freitag die Stimmung ganz erheblich abgeschwächt. Massgebend hierfür war bei Weizen das unbefriedigende Mehlgeschäft, während die Haltung für Roggen von Gerüchten beeinflusst wurde, nach denen die Getreidehandelsgesellschaft grössere Abgaben an Ware beabsichtige. Infolgedessen machten sich am Markte der Zeitgeschäfte bei der Eröffnung für Weizen Preisrückgänge von etwa 2, für Roggen um 2 bis 3 Mark bemerkbar, die indessen im Verlaufe der Börse teilweise wieder ausgeglichen werden konnten. In effektiver Ware zeigte sich auch eine gewisse Zurückhaltung der Käufer, so dass auch hier Preisabschläge von 2 Mark beim Weizen und 3 Mark beim Roggen eintraten. Trotzdem können sich die Provinzmühlen nur schwer mit Roggen versorgen, weil es an waggonverladener Ware, welche für die Betriebe im Lande ausschliesslich in Frage kommt, noch vollkommen fehlt. Mehl hatte sehr schleppendes Geschäft, namentlich in Weizensorten. Vielfach waren die Forderungen der Mühlen um 25 Pfennig ermässigt, ohne dass dadurch jedoch die Käufer aus ihrer Zurückhaltung hervortraten. Hafer hatte stetige Tendenz. Das Angebot ist kaum grösser geworden, während die Kauflust weiter anhält.

	16. April	17. April
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	290 - 292	288 - 290
Roggen	193 - 195	191 - 193
Braugerste	241 - 250	243 - 250
Futter- und Industrierogerste	224 - 240	228 - 242
Hafer	181 - 185	180 - 184
Weizenmehl	34,75-40,50	34,75-40,50
Roggenmehl	27,75-29,75	27,60-29,75
Weizenkleie	13,00-13,25	13,00-13,25
Roggenkleie	13,40-13,70	13,40-13,70

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 302½-303 ¾ (Vortag: 305), Juli 298-298½ (300), September 252-253 (253 ¾). Roggen Mai 203½-204½ (206½), Juli 197 ¾ - 198½ Geld (200), September 188-188 ¾ (189). Hafer Mai 190-191½ (192), Juli 197-198½ (198½), September 176½-177½ Geld (178½).

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner, waggonfrei an märkischen Stationen: Weisse 1,80 bis 2,10, Rote 2,10 bis 2,40, Gelbfleischige (ausser Nierenkartoffeln) 2,90 bis 3,30 Mark. Grösser fallende Sortierung über Notiz. Fabrikkartoffeln 8½-9 Pfennige je Stärkeprozent.

Amtliche Eiernotierungen.

(17. April)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trinkeier vollfrische, gestempelte, über 65 g 8 ¾, 60 g 8, 53 g 7 ¼, 48 g 6½, aussortierte kleine und Schmutzeier 6. Auslandseier: Dänen 18er 8 ¾, 17er 8 ¼, 15½-16er 7 ¾-8, Holländer 68 g 9-9 ¼, 60-62 g 8-8½, Belgier 68 g 9 ¼, 60-62 g 8-8½, Rumänen 6 ¼-6½, Ungarn und Jugoslawen 6½, kleine, Mittel- und Schmutzeier 5 ¾-6. Witterung: schön, Tendenz: behauptet.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S + P + D

Berlin, den 17. April 1931.

Pier 14.^x

SPD. Manchmal, so erzählt Jonas Russell, der fesche amerikanische Hochstapler, bekomme ich ganz komische Anwandlungen, mein Geld auch einmal auf ehrliche Art zu verdienen, Vor einem Jahr, in New York, ging das merkwürdig genug zu.

Ich hatte die Bekanntschaft von Sir Arthur Sutton gemacht, einem wirklich feinen und gediegenen Engländer. Eines Morgens sass ich neben meinem Freund in der Palmenhalle des Hotel Fabre am Times Square auf einem der grossen, roten Ledersofas. Wir studierten die Zeitung und lutschten kandierte Erdbeeren. Plötzlich las ich da auf der vierten Seite eine Anzeige der Sabaudo Mail Line. Dabei musste ich wohl etwas Unruhe gezeigt haben, denn Sutton fragte mich, worauf meine Erregung zurückzuführen sei. Er rückte dicht an mich heran und las ebenfalls die Anzeige, auf die ich mit dem Finger wies. Sabaudo suchte einen Zehntausendtonner mit Turbinenantrieb und Eisenverschalung sofort zu kaufen, Preis bis zu 40.000 Dollar, Anruf unter 90004. Sutton sah mich fragend an. "Sie stauen", sagte ich, "wie? Was mich das angeht? Kennen Sie die Bowling State Line? Nein? Nun, Munsy Bowling ist ihr Besitzer und mein Freund. Drunten am Pier 14, Hudson, hat Munsy eine Kiste liegen, genau wie Sabaudos sie suchen, Munsey ist froh, wenn man ihm tausend anzahlt und neuntausend als Rest ansetzt. Hoffentlich hat er die Sache nicht schon gelesen! Ich werde gleich heute Nachmittag hinuntergehen und das Ding regeln."

Sir Arthur wünschte mir Glück. Bald darauf verabschiedete er sich von mir. Aber Arthur Sutton war in Wirklichkeit ein Schuft, ein gemeines Individuum. Ich erfuhr erst später die genauen Einzelheiten dessen, was er an diesem Morgen getan hat. Also, er fuhr hopp hopp mit der Elevated hinunter zum Manhattan Tubes Bahnhof. Er hatte Glück; am Pier 14 hörte er, wie einer der Werftarbeiter einen älteren Herrn mit "Mister Bowling" anrief. Sutton stellte sich vor. Jawohl, das Schiff sei zu verkaufen, es stimme, erklärte Bowling erfreut. Für zwölftausend. Sutton bot zehn. Bowling ging mit ihm zu einem vereidigten staatlichen Schiffssachverständigen. In Fachkreisen kannte man natürlich die "Aquadot", die seit vier Wochen am Pier 14 lag. Der Mann schätzte sie auf fünfzehntausend zum allermindesten, auf zwanzig- bis dreissigtausend dagegen, wenn man einen Interessen ten habe. Bowling und Sutton gingen. Sutton versprach, in einer Stunde Nachricht zu geben. Dann trennten sich die Beiden.

Sutton rief sogleich 90004 an. Es meldete sich Sabaudo. Sutton sprach mit dem Alten selbst. Er hatte noch nichts Passendes gefunden, suchte noch immer. Sutton bat, sofort zum Pier 14 zu kommen. Hump Sabaudo kam eine Viertelstunde später angerast. Sutton zeigte ihm den grossen, graublauen Kasten, der still in dem schmutziggelben Wasser des Hudson lag. Als Sabaudo das Schiff sah, rechnete er mit einem Preis nicht unter dreissig Mille. Er bot, schon von weitem und aus Scherz, zwanzigtausend. "Gemacht!" lächelte Sutton und schlug dem verblüfften Reeder auf die Schulter. Dann bat er, vorzugehen und bei Anchor's in der Cortlandtstreet, wo man den Kaufvertrag unterzeichnen wollte, einige Minuten auf ihn zu warten. Sabaudo ging. Sutton stürzte zu Munsy Bowling, der immer noch am Wasser stand und seine Arbeiter beaufsichtigte, knallte ihm bare zweitausend als Anzahlung auf die Handfläche und machte damit die Chose perfekt. Er mag höchlich verwundert gewesen sein, als er Hump Sabaudo in Anchor's Restau-

rant nachher nicht antraf.

"Ja," sagte ich um dieselbe Zeit etwa, zu der Sutton wahrscheinlich bei Anher's umherirrte, zu Hump Clifton, Munsy Clasko und dem "Werftarbeiter", die mit mir in einem bequemen Einzelabteil des Baltimore-Mittagszuges sassen, "so kommt es, wenn sich irgend so ein kleiner, unbedeutender Schwindelpinscher aus Chelsea "Sir Sutton" nennt und sich dann in einem nicht ganz lichten Augenblick vermisst, den grossen Kollegen Jonas hineinzulegen. Ich möchte schreien vor Lachen, wenn ich mir vorstelle, wie dem richtigen Herrn Bowling vielleicht die Luft etwas stark wegbleibt, wenn er erfährt, dass ihm einige Fremde sein schönstes Schiff gegen eine hübsche Anzahlung glatt vom eigenen Pier weg verkauft haben, und wie der richtige und gleichzeitig ehrenwerte Herr Sabauda vielleicht umfallen wird, dass man einen Kerl wie Dich, Hump, eine halbe Stunde lang für den grossen Reeder vom Westufer gehalten hat und Dich unter 90004, der Nummer Deines Brooklyner Wirtes, zu erreichen vermochte."

Aber Hump hörte nicht weiter hin auf das, was ich sagte. Er kritzelte bereits die Anzeige auf einen Zettel, die wir in Baltimore aufgeben wollten, und der zufolge die grösste dortige Reederei alte Ozeanwannen zu Phantasiepreisen zu kaufen suchte. Munsy dagegen lachte noch bis kurz vor Baltimore und klebte dabei jede Viertelstunde seinen ausgekauften Gumme unter den Plüschsitz.

Werner Lobbenberg.

Bomben mit Teufelsdreck.^x

SPD. Die Anwendung chemischer Stoffe im letzten Kriege und die Aussicht, sie in etwa kommende Völkerringen noch mehr als bisher angewendet zu sehen, haben mit Recht die Entrüstung aller wahren Friedensfreunde hervorgerufen. Und doch sind auch diese Stoffe nichts Neues in der Kriegführung, wenn sie auch früher in anderer Form angewendet wurden. Man kann sogar sagen, dass der Gedanke, der dem Gaskriege zugrunde liegt, uralte sei. Schon der griechische Historiker Thukydides erzählt, dass im peloponnesischen Kriege im 5. Jahrhundert vor Christus in zwei Fällen brennender Schwefel, mit anderen Stoffen vermischt, verwandt worden sei, um den Feind unschädlich zu machen. Besonders habe man diese Methode bei Belagerungen stark verteidigter Orte angewendet. Und der römische Geschichtsschreiber Plutarch weiss zu berichten, dass Roms Feldherr Sertorius in Spanien im letzten Jahrhundert vor Christus grosse Staubwolken auf den Gegner habe zutreiben lassen, um ihn kampfunfähig zu machen. Bei der Bodenbeschaffenheit Spaniens dürfte das nicht schwergefallen sein.

Einige Jahrhunderte später kannte man in Byzanz, dem späteren Konstantinopel, genaue Verfahren zur Erzeugung des sogenannten "griechischen Feuers", das ebenfalls den Feind leicht ausser Gefecht setzte und besonders gegen die angriffslustigen Araber angewendet wurde. Ueber die Zusammensetzung dieses schwer verlöschlichen Feuers bewahrte man in Byzanz fünf Jahrhunderte hindurch tiefes Schweigen. Heute kennen wir sein Geheimnis. Denn der griechische Baumeister Kallinikos weiss im Jahre 668 nach Christus zu berichten, dass das "griechische Feuer" aus reinem Schwefel, Weinstein, Baumharz, Pech, Kochsalz, Erdöl und Baumöl bestanden habe, Mit dieser Mischung solle man Werg tränken. Zur Löschung dieses Feuers sei nur Harn, Weinessig oder Sand verwendbar. Gerade die Benutzung von getränktem Werg ermöglichte es, dieses Feuer zu schleudern. Aber auch in flüssigem Zustande wurde die Mischung brennend auf die Feinde gespritzt, sodass man hier im Prinzip den modernen Flammenwerfer vor sich hat. Diese furchtbare Waffe war namentlich im Seekriege gefürchtet, denn die Holzschiffe vermochten ihr in keiner Weise standzuhalten.

Wie diese Technik ist auch die andre aus dem Orient gekommen, bei der giftige und einschläfernde Dämpfe erzeugt wurden. Man bediente sich dabei des

Arsens und opiumhaltiger Stoffe. Die furchtbare Wirkung kann man sich vorstellen, wenn man bedenkt, dass damals die Kriegführung keine Schutzmittel kannte. Besonders aus dem 15. Jahrhundert sind uns Anweisungen zur Herstellung chemischer Kriegsmittel überliefert worden. Ein Feuerwerksbuch aus dem Jahre 1457 beschreibt die Herstellung von Wurfgranaten, zu denen arsenhaltige Stoffe verwendet werden sollten. Dazu sei es nötig, 30 Pfund Harz, 30 Pfund Salpeter, 10 Pfund Schwefel und 10 Pfund Arsen zu einer Masse zu zerlassen. Daraus sollte man "Äpfel" (Granaten) formen, die angezündet und dann auf den Feind geworfen werden sollten. (Hier hat man übrigens auch die Erklärung für die Bezeichnung "Granaten", unter denen ursprünglich Früchte in Äpfelform verstanden wurden.) Auch Lionardo da Vinci beschäftigte sich mit dem Problem des Giftgaskrieges und machte ernsthafte Vorschläge, durch Rauch und durch arsenhaltige Dämpfe Burgen und wohlgeschützte Plätze kampfunfähig zu machen. In späterer Zeit stellte der Chemiker Glauber, dem wir die Kenntnis des Glauber-Salzes verdanken, Granaten her, die zum Ausräuchern und Vernebeln bestimmt waren.

Kein Geringerer als der berühmte Philosoph Leibniz beschreibt im Jahre 1670 einen "Stinkpott", dessen Rauch sich unglaublich ausbreite, und dem man nicht ausweichen könne. Damit könne man den Feind unfehlbar von seinem Posten vertreiben. Auch italienische Mediziner empfehlen die Herstellung eines so "furchtbar stinkenden Oeles", dass es keinem Menschen möglich sei, sich weiter in einer Festung aufzuhalten. Hier haben wir die Stinkbomben vor uns, wie sie auch unsre Zeit wieder anwendet. Der italienische Mediziner Fioravanti gibt bereits 1604 das Rezept zu ihrer Herstellung an: 2 Pfund Terpentin, 1 Pfund Schwefel, 22 Lot Asa foetida oder Teufelsdreck, Menschenkot (!) usw.usw. Das alles wird zusammen in einer Retorte verdampft und das daraus entstehende Öl in ein verschraubtes Glasgefäß getan und auf den Feind geschleudert. Das entwickle, wie er sagt, einen solchen Gestank, dass es kein Mensch an der betreffenden Stelle aushalten könne. Uebrigens weiss auch der Schwedenkönig Karl XII chemische Mittel anzuwenden, als er seinen Uebergang über die Düna durch künstlich erzeugte Nebel zu verdecken sucht; und aus dem Siebenjährigen Kriege wird von der Belagerung von Schweidnitz berichtet, dass die Oesterreicher zuweilen mit explodierenden Schwefelkugeln, Stinktöpfen oder unaufhörlich entwickelten üblen Gerüchen gegen die Preussen vorgegangen seien. Also auch die Goebbels und Konsorten können sich bei der Methode ihres politischen Kampfes auf sehr alte Vorbilder berufen.

Dr. Karl Müller.

Maifeier in den Rocky Mountains.^x

SPD. Wir waren eine Menge junger Deutscher in dem schmalen Laengstal des kanadischen Felsengebirges, weitab von jeder Zivilisation, viele hundert Kilometer bis zur nächsten grösseren Stadt entfernt. Um uns herum lebten amerikanische, englische und kanadische Obstfarmer, japanische Gemüsegärtner und viele alte, ehrwürdige Indianer in der nahen Reservation. In der Saison kamen wohl auch einige Wanderarbeiter der Prairie und des Urwaldes in diese Gebiete, um sich während der Ernte einige Dollar zu verdienen, aber sonst fanden nur wenige Einwanderer den Weg in diese Gegend, wo das Land teuer und wertvoll ist. Die 20 bis 30 Deutschen, die sich hier niedergelassen hatten, waren ehemalige Mitglieder einer sozialistischen Gemeinschaftssiedlung, die ein junger Maler im Ueberschwange seiner Begeisterung für die Schönheit und Freiheit des Landes gegründet hatte. Nach kurzer Dauer scheiterte der Versuch an den Schwierigkeiten der kapitalistischen Umwelt, an den geforderten hohen Zinsen für die gekaufte Farm. Das mit vielem Schwung und unendlicher Arbeit begonnene Werk fiel auseinander, ohne dass jedoch diese jungen Idealisten ihr Ziel aufgaben. Sie

waren ja aus allen Lagern der Jugendbewegung gekommen, von den Kommunisten über die Arbeiter-Jugend bis zum völkischen Wandervogel, um dem materialistischen Europa zu entfliehen und sich hier eine neue Welt zu bauen. Jetzt waren sie alle zerstreut, mussten bei den umliegenden Farmern im Tagelohn schuften; ein Teil hungerte sich arbeitslos durch bis zur Ernte.

Das Leben ist leicht in dieser paradiesischen Landschaft. Jeder Tag bringt neue, heisse Sonne, Obst und Gemüse sind bei den Farmern billig zu haben, und leere Schuppen, die für ein paar Dollar zu mieten sind, stehen in jedem Garten. Es ist erstaunlich, wie schnell sich die europäischen Einwanderer an die aussergewöhnliche Lebensweise in diesem Lande gewöhnen. Nach einigen Wochen findet man nichts mehr dabei, etwa in einer zerfallenen Holzbude zu hausen, mit dem Frachtzug über Land zu fahren oder aber auch einen Scheck über viele Dollar für eine Woche Arbeitsleistung in Empfang zu nehmen. Auch die ehemals so idealistisch schwärmenden Siedler gewöhnten sich sehr rasch an die rauhe amerikanische Wirklichkeit. Dollars zu machen, wie der amerikanische Arbeiter sagt, war nun das Ziel ihres Lebens, wobei die endgültige Verwendung des später etwa erworbenen Geldes noch nicht feststand. Einige wollten erneut den Versuch einer gemeinschaftlichen Siedlung machen, andere sahen ihr Ideal bereits in einem eigenen kleinen Häuschen.

So kam der Frühling, mit ihm Arbeit und die Verwandlung der öfen Seeufer in ein buntes Meer blühender Obstbäume. Mitte April ging plötzlich die Kunde um, wir sollten doch eigentlich den 1. Mai feiern, um an diesem Tage Rückblick und Ausschau unsres amerikanischen Aufenthalts zu halten. Wir machten uns also für diesen Tag frei von der Arbeit. Das war sehr leicht möglich, da wir nur stundenweise bezahlt wurden. Irgendwoher waren zwei uralte Autos aufgetrieben worden, und mit diesen sollte es nun nach dem Blockhaus eines weit in den Bergen wohnenden Freundes gehen. Wir waren zusammen elf Leute. Fünf kamen in die rumpelnde Fordcar, der Rest auf die Pritsche des leichten Lastwagens, den wir noch ergattert hatten. Die meisten hatten zur Feier des Tages ihre alten bunten Kleider aus der deutschen Jugendbewegungszeit angezogen, und in diesem Aufzuge, in kurzen Hosen und Sandalen ohne Strümpfe, erlitt unser gesellschaftlicher Ruf, der in letzter Zeit durch die Arbeit bei den Farmern einigermassen gefestigt war, sicher wieder eine starke Einbusse. Erstaunt blickten die braven Bürger und Kirchenmitglieder des kleinen Städtchens auf diese seltsame Gesellschaft, während wir unter Gesang durch die schnurgeraden, öden Strassen fuhren. Dahinter aber beginnt die grossartige Landschaft Britische-Columbiens. Der Autoweg ist sehr gefährlich. Auf der einen Seite ragen Felsen und Bergwände, auf der andern liegt der tiefe See. Dabei ist kaum Platz zum Ausweichen, und an den unübersehbaren Kurven ist schon mancher kopfüber in die Fluten gestürzt. Obendrein liegt der Schmutz fusshoch, und eine dicke Staubwolke kennzeichnet unsre Route. Das alles im Lande des Automobils. Die Gegend hier ist eben zu menschenleer, als dass sich die Anlegung einer guten Autostrasse rentieren würde.

Jetzt klettern wir auch weiter ins Gebirge. Ausgedörrt und kahl ist der Waldboden, auf dem haushohe Tannen und Zedern stehen. Viele sind umgefallen und vermodern wertlos. Dann plötzlich leuchtet aus dem Einerlei des Urwaldes ein buntfarbiges Stück. Der Wind hat wahllos die Samen der schönsten wilden Blumen verstreut, die durch einen kürzlich gefallenem Regen wunderbar aufgegangen sind. Siedlungen sind in diesen, auf hunderte von Meilen nur von der einen Autostrasse durchzogenen Gegend sehr selten. Ab und zu eine Benzinstation mit einem kleinen Kaufhaus und einem windschiefen Hotel, das ist so ziemlich alles. Hier hatte sich unser Freund auf einem Stück von der Regierung unentgeltlich zur Verfügung gestellten Landes niedergelassen. Rings um sein Blockhaus dehnte sich noch der weite Urwald, in dem nur einige Indianer hausten.

Das letzte Stück müssen wir zu Fuss gehen. Dann kommen wir aus dem Dunkel des Waldes an einen weiten, umgepflügten Platz, auf dem die herumliegenden Geräte noch von kürzlich vollendeter Arbeit künden. In der Ecke steht ein roh

gezimmertes Häuschen mit winzigen Fenstern. Es ist schon Nachmittag geworden, und wir werden deshalb hier übernachten müssen und erst morgen, an einem Sonntag, zurückkehren. Das hatte unser Gastgeber auch schon angenommen. In der grossen Stube mit dem Kamin werden zunächst die Arbeitserfahrungen ausgetauscht und es stellt sich heraus, dass Viele nur wenig und vorübergehend Arbeit haben. Trotzdem siegt der Optimismus dieser jungen, unabhängigen Menschen, die hier noch eine Aufgabe vor sich sehen, einfach und klar, während in der Heimat alles verworren, kompliziert und unehrlich war.

Danach steigen wir Alle auf einen Berg in der Nähe, wo bereits das herumliegende Holz zu einem mächtigen Scheiterhaufen aufgetürmt ist. Die Nacht bricht schnell herein, Klagend schreien wilde Vogelstimmen aus dem Dunkel, während einer von uns leise, sehnsuchtsvolle Melodien auf seiner Geige spielt. Dann schnell mit einem wilden Gesang plötzlich die Kampfstimmung hoch. Ein Funke lässt das dürre Gestrüpp hoch auflodern. Eine meterhohe Flamme schießt in den pechschwarzen Himmel. Verse eines Arbeiterdichters, die im Gedächtnis haften geblieben sind, werden gesprochen. Nun nimmt der ehemalige Leiter das Wort: "Brüder, wir sind geschlagen. Doch heute bei diesem Feuer wollen wir an die Zukunft glauben, an die Zeit einer schöneren, sinnvolleren Welt. Wie diese Flammen vielleicht in Amerika die ersten sind, die aus dem Bekenntnis zum Sozialismus emporsteigen, so wollen wir hoffen, dass die Glut unsrer Weltanschauung dereinst die ganze Welt erfassen und auch den Ungeist des Dollars besiegen wird. Dafür lasst uns mit den vielen anderen Millionen, die diesen Tag feiern, kämpfen! Wenn es auch heute noch grau und dunkel um uns aussieht, so glauben wir doch fest an den Tag des Lichts."

Nun erschallt die "Internationale". Gewaltig dröhnt die Melodie in den Urwald hinein, den ein fremdländischer Kapitalismus in Beschlag genommen hat, und in dem es ebenso ausgeschlossen ist wie in den übrigen Ländern, ein sozialistisches Eiland zu errichten. Erst die endgültige Befreiung wird auch hier Platz schaffen für viele glückliche, zufriedene Menschen.

Karl Moeller.

Ein gewissenhafter Richter.^x

SPD.Gäbe es einen besonderen Tugendpreis für Richter, so würde Harry Porter ihn gewiss vor allen andern Anwärtern erhalten. Harry Porter ist Richter in Evanston (U.S.A.). Die amerikanischen Blätter berichten Erstaunliches über ihn.

Richter Porter nahm neulich wie immer auf seinem Stuhle Platz und griff nach den Akten. Die Liste der Angeklagten enthielt dieses Mal nur einen einzigen Namen. Und das war sein eigener. Richter Porter hätte ja wegen Befangenheit den Fall einem Kollegen überlassen können, aber er wollte nun einmal ein Exempel statuieren. Er reichte dem Schreiber den Bogen und liess ihn vorlesen. Aus der Anklageschrift ging hervor, dass Harry Porter, Richter in Evanston, beschuldigt war, mit seinem Kraftwagen an verbotener Stelle geparkt zu haben. Nachdem der Gerichtsschreiber geendet hatte, stand der Richter auf, trat zur Angeklagtenbank hinüber und erklärte laut und vernehmlich: "Ich bekenne mich schuldig und bereue meine Tat!" - Darauf nahm er wieder auf dem Richterstuhle Platz, überlegte einen Augenblick und sagte dann mit Würde: "Ich verurteile den Angeklagten zu einem Dollar Strafe, der auf der Stelle zu bezahlen ist." Dabei nahm er sein Portemonnai aus der Tasche, zog einen Dollar hervor und legte ihn hörbar auf den Tisch. Der Gerichtsschreiber quittierte ordnungsgemäss über den Empfang der Summe, und Richter Porter tat das Geld in die Amtskasse, die vor ihm stand, schloss sie feierlich ab und hob die Sitzung auf...

So endet die Geschichte von dem gewissenhaften Richter von Evanston. Die amerikanischen Blätter, die sie berichten, schwören darauf, dass es sich hier bei um die reine Wahrheit handle.....

M.B.V.

Der Vater des "Robinson".^x

SPD. Der grösste Bucherfolg, den die Weltliteratur bis auf den heutigen Tag aufzuweisen hat, ist noch immer der "Robinson" des vor 200 Jahren verstorbenen Daniel Defoe. Sofort bei Erscheinen des Werkes, im April 1719 in London, war die Begeisterung für diese Abenteuerergeschichte beispiellos; Auflage um Auflage musste hergestellt werden, und auch das Ausland zeigte gleich ein grosses Interesse für die Schöpfung. Wenige Monate später lag auch bereits eine deutsche Uebersetzung vor. In allen möglichen und "unmöglichen" Sprachen wurde Defoe's Buch übersetzt; hier als Volksroman mit moralisierender Tendenz und beinahe 300 Seiten Umfang, dort als knappes, zusammengedrängtes Kinderbuch leichtester Art. Und dann kam die umfangreiche Schar der Nachahmungen. Ins Unermessliche ging's. Echte und falsche "Robinsons" bevölkerten den Markt. Hätte es damals schon die heutigen Urheberschutzgesetze gegeben: Daniel Defoe wäre ein vielfacher Millionär geworden. So aber starb er am 26. April 1731 in London in recht dürftigen Verhältnissen.

Aber es wäre ungerecht, in Defoe lediglich den Vater eines heute noch beliebten Kinder- und Jugendbuches zu sehen. Im Gegenteil: wie bei so manchen anderen berühmten Gestalten nachmals bekannt gewordener Jugend- und Volksbücher war auch dieses Mannes Tagewerk mit ernsteren Dingen angefüllt. Von Jugend auf befasste sich Defoe mit politischen Angelegenheiten. Er gab eine Zeitschrift heraus, in der er sich sozialen Fragen widmete und gegen einen übertriebenen Nationalismus zu Felde zog. Da er gegen mächtige Gegner zu kämpfen hatte, hielt er es eine zeitlang für das Beste, ins Ausland zu gehen. Als er später in seine Heimat zurückkehrte, musste er wegen seines temperamentvollen oppositionellen Wesens Gefängnishaft und Prangerstehen über sich ergehen lassen. Dennoch setzte sich die Oeffentlichkeit bereits in starkem Masse für den inzwischen volkstümlich gewordenen Publizisten ein. In grossen Scharen drängte sich das Londoner Volk nach der Prangersäule, an der Defoe stand, und schüttete Blumen vor ihm aus. Und während seiner Inhaftierung kam es gar zu demonstrativen Strassenaufmärschen, sodass die Behörden es für angebracht hielten, Defoe aus der Haft zu entlassen. Das war zu einer Zeit, als die später hochberühmte Jugendgeschichte von dem von Jugend auf in der Welt umhergetriebenen abenteuerlustigen Engländer Robinson Crusoe noch gar nicht erschienen war!

Wir sagten schon oben, dass auch die Verfasser anderer berühmter Jugendbücher tapfere Männer der Politik und der Feder waren. Es sei nur an die deutschen Märchensammler, die Brüder Grimm erinnert, die, als sie 1837 gegen den Verfassungsbruch ihres hannoverschen Landesfürsten im Kreise der "Göttinger Sieben" (Professoren) scharf protestierten, ihres Hochschulamtes enthoben wurden. Oder an Jonathan Swift, den Verfasser von "Gullivers Reisen" und Landsmann Defoe's, der scharfsinnig und mit spitzer Feder der damaligen offiziellen Gesellschaft Englands zu Leibe rückte, und der am Schlusse seines Kampfes von der mannigfachen herrschenden Unwahrhaftigkeit so angewidert wurde, dass er von der politischen Bühne abtrat und sich ins Fabelreich zurückzog. Oder auch an Harriet Beecher-Stowe, die mit ihrem Sklavenbuche "Onkel Toms Hütte" eine sehr ernste soziale Mission verfolgte.

Daniel Defoe (der der Sohn eines Fleischers war und ursprünglich Foe hiess) hat in seinem Leben neben ungezählten Zeitungsartikeln nicht weniger als 250 Schriften verfasst. Bis auf den "Robinson" und ein sozialkritisches

Werk, das in der deutschen Uebersetzung den Titel trägt "Soziale Fragen vor 200 Jahren" (also von heute aus zurückgerechnet), sind diese Schriften heute vergessen. In englischen Bibliotheken gibt es gewiss noch das eine und andere seiner geschichtlichen und zeitkritischen Bücher, und auch Exemplare der von ihm herausgegebenen Zeitschriften werden aus bibliophilem Interesse sorgsam aufbewahrt; sonst aber lebt auch dort diese Seite des grossen Fachters nicht mehr. Dagegen werden noch immer einige seiner Jugendbücher gelesen, die er im Anschluss an seinen grossen "Robinson"-Erfolg geschrieben hat. Zu beachten ist übrigens, dass der ursprüngliche "Robinson" verhältnismässig kurz war, und dass erst der beispiellose Erfolg den Autor veranlasste, in zwei Fortsetzungen dem Werke jene moralisierende Note zu geben, von der ein J.J. Rousseau so entzückt war, dass er das Buch als "grosses Erziehungswerk" pries.

So haben Menschen und Bücher ihre Geschichte und ihre Schicksale.

J.Kl.

Morgen ist Wochentag.*

Morgen ist wieder Wochentag,
ehern ruft mich die Pflicht.
Lieblich blühender Blumenhag,
morgen seh'n wir uns nicht.

Liegst so friedlich und märchenstill
unter grünendem Laub.
Werktag ist zum Ermatten schrill
und durchwirbelt von Staub.

Aber er ist auch Urquell der Kraft,
wuchtig wie Hammerschlag.
Atem geholt und die Sehnen gestrafft!
Morgen ist Wochentag.

Heinrich Minden (Dresden).

SPD. Verdächtige Danksagung.* Im Kreisboten von Neustadt-Orla steht ein vielsagendes Inserat: "Allen denen, die uns bei dem Entstehen des Brandes hilfe-reich zur Seite standen, besten Dank! A & A Hoeffler, Möbelfabrik."
Wenn das nur nicht der Staatsanwalt liest!

SPD. Ein bescheidener Wunsch.* Jean Jacques Rousseau wurde einmal in Genf von einem Hunde angefallen, zu Boden geworfen und ziemlich übel zugericht-
tet. Als der Besitzer des Tieres davon hörte, schickte er sofort zu dem berühmten Schriftsteller und liess um Entschuldigung bitten und fragen, was er für ihn tun könne. Rousseau liess antworten: "Den Hund an die Kette legen."
